

Weyh, Anna-Clara

Soziale Ökonomie im Spannungsfeld von
Lebenswelt und System

MASTERARBEIT

HOCHSCHULE MITTWEIDA-ROSSWEIN (FH)

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fakultät Soziale Arbeit

Roßwein, 2012

Weyh, Anna-Clara

Soziale Ökonomie im Spannungsfeld von Lebenswelt und
System

eingereicht als

MASTERARBEIT

an der

HOCHSCHULE MITTWEIDA-ROSSWEIN (FH)

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fakultät Soziale Arbeit

Roßwein, 2012

Erstprüfer: Herr Prof. Dr. phil. Wolfgang Faust

Zweitprüfer: Herr Prof. Dr. phil. Stephan Beetz

Weyh, Anna-Clara

Soziale Ökonomie im Spannungsfeld von Lebenswelt und System. 62 Seiten.

Roßwein, Hochschule Mittweida / Roßwein (FH), Fakultät Soziale Arbeit,

Masterarbeit, 2012

Referat:

Die Masterarbeit befasst sich mit dem Verhältnis von Sozialer Ökonomie zur Ökonomie allgemein. Mittels einer umfassenden Literaturrecherche wird dabei zunächst die Entwicklung des Begriffes des Sozialen und des Begriffes und Gegenstandes der Ökonomie dargestellt, wobei genauer auf die Ansätze sozialen Wirtschaftens eingegangen wird. Danach folgt die Einordnung selbiger in das Spannungsfeld von Lebenswelt und System, welches zuvor anhand der kommunikationstheoretischen Annahmen von Jürgen Habermas beschrieben wird. Abgeschlossen wird die Arbeit mit einem Ausblick auf ein aktuelles soziales Wirtschaftsmodell – die Gemeinwohl-Ökonomie.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	1
2	Soziale Ökonomie – ein Widerspruch in sich?	3
2.1	Wurzeln und Bedeutung des Begriffes <i>sozial</i>	4
2.2	Konzepte von Ökonomie	6
2.2.1	Von Hauswirtschaft und Raffgier – das Antike Wirtschaftsverständnis.....	7
2.2.2	Von Gottgefälligkeit und blühendem Handel – Wirtschaft im Mittelalter	13
2.2.3	Von der Markttheorie zum <i>homo oeconomicus</i> – ökonomisches Denken in der Moderne	18
2.2.4	Entstehung und Entwicklung theoretischer wie praktischer Entwürfe sozialen Wirtschaftens	27
2.3	Zusammenfassung.....	46
3	Soziale Ökonomie: Zwischen Lebenswelt und System	49
3.1	Lebenswelt und System nach Habermas	49
3.1.1	Der Begriff der Lebenswelt	49
3.1.2	Die Entkoppelung von System und Lebenswelt	50
3.1.3	Die Kolonialisierung der Lebenswelt	52
3.2	Soziale Ökonomie als Rückeroberung der Lebenswelt	53
4	Die Gemeinwohl-Ökonomie	56
4.1	Idee und Inhalte der Gemeinwohl-Ökonomie	56
4.2	Die Gemeinwohl-Ökonomie als gelebte Alternative.....	59
5	Abschließende Bemerkungen.....	61
6	Literaturverzeichnis	63

1 Einleitung

Seit einigen Jahren, insbesondere seit der sogenannten Wirtschaftskrise 2008, scheint eine zunehmende mediale Präsenz von Veröffentlichungen über Moral und Ethik in der Wirtschaft, alternative Wirtschaftstheorien und soziale Wirtschaftsordnungen zu herrschen. Die Grundideen sind dabei zumeist nicht gänzlich neu, wie der Blick in die Geschichte des Wirtschaftens zeigt. Und doch scheint es, als habe die Ökonomie sie irgendwann auf ihrem Weg des Bestehens und Entwickelns verloren. Der aus der Wirtschaftskrise resultierende weit aufgestellte ‚So kann es nicht weitergehen‘ – Konsens, der sich am lautesten in internationalen Protestbewegungen äußert, bietet nun offenbar einen Nährboden, um die oben benannten Themen in einer breiteren Öffentlichkeit zu diskutieren.

Auf einen wesentlichen Aspekt reduziert, steht ein Ziel im Mittelpunkt: Wirtschaft soll mit sozialen Werten gefüllt werden. Auch dieser Anspruch ist kein neu erfundener – Versuche eines sozialen Wirtschaftens gibt es bereits seit mindestens 200 Jahren. Aus der Nachzeichnung dieser Entwicklung besteht ein Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit.

Doch trotz einer langen Tradition wirkt es, als bewegten sich soziale Wirtschaftsansätze hauptsächlich in ihrer speziellen Nische. Mitunter scheinen Versuche einer sogenannten Sozialen Ökonomie den Stellenwert von kleinen Inseln innerhalb der sie umgebenden Wirtschaftsordnung zu haben, für welche sie durchaus auch Funktionen erfüllen. Sie befinden sich damit auch in der paradoxen Situation, Teil eines Systems zu sein, zu dem sie selbst einen Gegenentwurf darstellen.

Mit dieser Ausgangssituation im Hintergrund, befasst sich die Arbeit mit der Frage danach, *in welchem gesellschaftlichen Spannungsfeld sich Soziale Ökonomie bewegt.*

Basierend auf einer Literaturrecherche, für die insbesondere sozialphilosophische und soziologische, natürlich aber auch ökonomische Ansätze zur Untersuchung herangezogen werden, gliedert sie sich in drei Kapitel.

Der erste Teil der Arbeit besteht aus einem historisch-philosophischen Abriss zur Herkunft und Entwicklung der Begriffe *Sozial* und *Ökonomie*. Dies dient dazu, sich dem Begriffszusammenhang des *sozialen Wirtschaftens* anzunähern und einige Ansätze desselben in ihren Grundlagen und Ausprägungen zu beleuchten.

Im anschließenden Kapitel – welches die soziologisch-kommunikationstheoretischen Annahmen von Jürgen Habermas zur Basis hat – wird dargelegt, in welchem Verhältnis sich die vorher beschriebenen Formen sozialen Wirtschaftens zum vorherrschenden Wirtschaftssystem befinden. Dies wird in den Kontext des von Habermas explizierten *Spannungsfeldes zwischen Lebenswelt und System* gesetzt.

Abschließend erfolgt im dritten Kapitel mit dem Wirtschaftsmodell der *Gemeinwohl-Ökonomie* ein Ausblick auf einen aktuellen Ansatz, der sich als politische Bewegung und praktischen Versuch eines alternativen Wirtschaftens versteht.

Insgesamt ist in der Vorbereitung und Erarbeitung deutlich geworden, dass es sich um ein Thema von immenser Komplexität handelt. Viele Aspekte können in dem Rahmen den eine Masterarbeit zulässt daher nur oberflächlich andiskutiert werden. Insofern ist die vorliegende Arbeit als zusammenfassender Überblick zur Entwicklung sozialen Wirtschaftens mit speziellem Augenmerk auf damit verbundene Spannungsfelder und Konfliktzusammenhänge zu verstehen.

2 Soziale Ökonomie – ein Widerspruch in sich?

Im allgemeinen Sprachgebrauch erscheint das Soziale als unvereinbarer Gegensatz zum Wirtschaftlichen. Noch tiefer wird die Kluft, wenn soziales Handeln wirtschaftlichem Handeln gegenübergestellt wird. Dies mag nicht zuletzt an den Bildern liegen, mit denen beide Begriffe assoziiert werden. Altruismus gegen Egoismus, Mutter Theresa gegen den skrupellosen Top-Manager, Gut gegen Böse und so weiter. So gesehen scheint die Vorstellung einer Sozialen Ökonomie auf den ersten Blick so absurd wie etwa die Existenz eines schwarzen Schimmels. Wobei bereits bei diesem Bild deutlich wird, dass die Perspektive - genauer der Betrachtungszeitraum - eine wesentliche Rolle spielt. Denn die meisten Schimmel kommen zunächst als Rappen auf die Welt und werden erst mit der Zeit weiß. Sie unterliegen also einem Wandel, der nicht sichtbar wird, wenn man die Betrachtung lediglich auf den Zeitpunkt beschränkt, zu dem dieser schon vollzogen ist. Übertragen scheint der Blick zurück für ein umfassendes Verständnis unbedingt notwendig.

Von einer ganz anderen Seite her betrachtet, scheint der Terminus der Sozialen Ökonomie aber ebenfalls absurd. Folgt man der Annahme, dass ökonomisches Handeln gleichzeitig auch *immer* soziales Handeln ist, da es stets die direkten oder indirekten Interaktionen von Menschen beinhaltet, so entsteht womöglich der Eindruck, man habe es mit einer sprachlichen Tautologie zu tun¹.

Um ein wenig Klarheit in diesen Begriffszusammenhang zu bringen, sollen im folgenden Teil der Arbeit sowohl der Begriff der Ökonomie als auch der des Sozialen zunächst hinsichtlich ihres Ursprungs und verschiedener Konzeptionen beleuchtet werden.

¹Niklas Luhmann kritisiert die rigorose Abgrenzung von Begriffen wie wirtschaftlich und sozial wie folgt: „Alles wirtschaftliche Handeln ist soziales Handeln, daher ist alle Wirtschaft immer auch Vollzug von Gesellschaft“ (Luhmann 1996: 8).

2.1 Wurzeln und Bedeutung des Begriffes *sozial*

Wie im nächsten Kapitel gezeigt wird, scheint der Begriff *sozial* im Vergleich zum Ökonomiebegriff recht jung zu sein. Dennoch existiert das, was er beschreibt, mindestens solange wie die Menschheit. Der Begriffsursprung wird zumeist im lateinischen *socialis* gesehen, welches wiederum dem Stamm von *sequi* zuzuordnen ist, was ‚nachfolgen‘ oder ‚begleiten‘ bedeutet (vgl. Knospe 1972: 708; Röttgers 2002: 25). Nach Röttgers meint *socialis* ursprünglich all das, „was sich auf die Bundesgenossen der Römer bezog“ (ebd.). Knospe fügt dem weitere Bedeutungen hinzu, so etwa „die Gesellschaft betreffend, gesellig, ehelich“ (Knospe 1972: 708). Allgemein wird das Wort heute zumeist mit ‚gesellschaftlich‘ übersetzt (vgl. ebd.; Röttgers 2002: 25). An dieser Stelle lässt sich feststellen, dass sowohl *sequi* als auch das davon abgeleitete *socialis* stets in gewisser Weise Interaktionen beziehungsweise Handlungen, die sich auf ein Gegenüber² beziehen, beinhalten.

In die deutsche Sprache gelangt der Begriff *sozial* im Kontext der Aufklärung und der damit neuen Idee von Gesellschaft (vgl. Knospe 1972: 708). Zumeist wird diese Entwicklung mit den gesellschaftsvertragstheoretischen Schriften Rousseaus (1712-1778) in Verbindung gebracht, dessen Annahme, dass „die partikularen Interessenverbindungen eine Erscheinungsform des Sozialen sind“ (Röttgers 2002: 28), eine neue Sichtweise auf den Begriff schafft. Durch die Folgen der Industrialisierung erfährt der Begriff eine Politisierung, was sich auch im Schlagwort der *Sozialen Frage* äußert. Knospe konstatiert, dass *sozial* heute im Sprachgebrauch „unscharf und vieldeutig“ (Knospe 1972: 708) benutzt werde. Er arbeitet dementsprechend vier wesentliche Bedeutungszusammenhänge für den Begriff heraus. Im Einzelnen sind diese:

- a) Die Kennzeichnung des Menschen als auf Gesellschaft angewiesenes Lebewesen.

²Auch wenn dies beispielsweise im Falle von ‚begleiten‘ natürlich nicht zwangsläufig auf Menschen oder Lebewesen allgemein bezogen sein muss.

Diese eher anthropologische Bedeutung klingt bereits in der Verwendung des Begriffs *socialis* bei Seneca (1-65) an (vgl. dazu Röttgers 2002: 25). Als Gegensatz wird dieser Bedeutung von *socialis* meist individualistisch gegenüber gestellt (vgl. Knospe 1972: 708).

b) Die Gesellschaft mit ihren Verhältnissen, Ordnungen und Institutionen betreffend. Hier wäre der Gegensatz dementsprechend „das Einzelwesen betreffend, individuell, psychisch“ (ebd.).

c) Die Sammlung der „Eigenschaften und Verhaltensweisen, die einen Menschen oder eine Gruppe als im Sinne der geltenden Wertvorstellungen [...] positiv zu bewertende [...] Mitglieder der Gesellschaft erscheinen lassen“ (ebd.). Mögliche Gegensätze wären ‚gesellschaftsfremd‘ oder extremer ‚dissozial‘.

d) Als viertes schließlich meint der Begriff mitunter auch die Eigenschaft des Bedachtseins auf das Wohl Anderer, auf das Gemeinwohl, sowie auf „eine gerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ (ebd.: 709). Mit dem Gegensatz des (gruppen-) egoistisch seins, ist das Wort, wie oben bereits angedeutet, zu dieser ethischen aber auch politischen Bedeutung insbesondere im Rahmen der Entstehung der Arbeiterbewegung zur Zeit der Industrialisierung gekommen.

Betrachtet man diese Bedeutungen, fällt zunächst auf, dass der Begriff *socialis* anscheinend nicht losgelöst vom Kontext Gesellschaft gedacht werden kann. Die Mehrdeutigkeit des Begriffs mutet dabei fast wie ein Henne-Ei-Problem an. Auf die Erste Bedeutung bezogen, ist die Eigenschaft des Menschen, ein soziales, auf das Zusammenleben mit Anderen angewiesenes Wesen zu sein, Grundvoraussetzung dafür, dass so etwas wie Gesellschaft überhaupt entstehen kann. Gleichzeitig bestimmt sich aus der Gesellschaft über Normen und Werte, welches Verhalten als sozial und damit angemessen gilt. Die Verwendung des Begriffs in dieser doppelten Bedeutung „als einer gesellschaftskonstituierenden und gesellschaftserhaltenden Tugend“ (Röttgers

2002: 28), findet sich unter anderem beispielsweise bei Locke und Hume wieder (vgl. ebd.).

Für das Thema dieser Arbeit ist besonders der vierte Bedeutungsansatz des Begriffs *sozial* relevant. Denn Soziale Ökonomie wird oft mit Orientierung am Gemeinwohl und mit Rücksichtnahme und Nachhaltigkeit als Grundlage wirtschaftlichen Handelns in Verbindung gebracht, was die vierte Bedeutung impliziert. Eine Überschneidung findet sich auch in den Ursprüngen dieser Definition von *sozial* und den Ideen von sozialem Wirtschaften: dem Zeitalter der Industrialisierung.

2.2 Konzepte von Ökonomie

Nach diesem kurzen Abriss zum Begriff *sozial* folgt nun die Darstellung des Ökonomiebegriffs und der historischen Entwicklung des Verständnisses davon, was *Wirtschaft* bedeutet. Das steht in einem engen Zusammenhang mit der jeweiligen gesellschaftlichen Ordnung und durchläuft damit, wie nachfolgend gezeigt wird, einen Wandel.

Die Betrachtungen beziehen sich dabei hauptsächlich auf die Entwicklung im Bereich der sogenannten westlichen Welt – vornehmlich den Bereich des heutigen Europa – und beginnen im antiken Griechenland.

Auch in Hinblick auf das Forschungsinteresse dieser Arbeit liegt ein besonderes Augenmerk auf der Entwicklung von Idee und Praxis des sozialen Wirtschaftens, wobei im Falle von Letzterem auf die Spezifik der Vorgänge in Deutschland eingegangen wird.

2.2.1 Von Hauswirtschaft und Raffgier – das Antike Wirtschaftsverständnis

Bei der Beschäftigung mit antiken Überlegungen zu Ökonomie führt an Aristoteles (384-322 v. Chr.) kein Weg vorbei³. Der Philosoph Scott Meikle bewertet den Einfluss von Aristoteles Schriften als enorm, sie seien für den Beginn der Geschichte des ökonomischen Denkens verantwortlich, beeinflussten die mittelalterliche Haltung zu Ökonomie und zögen sich unter anderem bis in die katholische Soziallehre hinein (vgl. Meikle 1995: 1).

Aber alles in allem betrachtet, finden sich im antiken Griechenland selbst recht wenige explizite Überlegungen zu Fragen der Ökonomie (vgl. ebd.: 3; Aßländer 2011: 22). Auch die Betrachtungen mit dem prägnantesten ökonomischen Charakter, wie eben bei Aristoteles, erfolgen vorrangig von einem ethischen Standpunkt aus (vgl. Meikle 1995: 4; Mikl-Horke 2008: 9). Mehr noch: Ökonomisches Denken ist von ethischen Maßstäben geprägt und durchdrungen.

Michael Aßländer sieht in seinen Ausführungen zum antiken Wirtschaftsverständnis die „Zurückhaltung gegenüber ökonomischen Fragen innerhalb der antiken Wissenschaft nicht zuletzt [in] einer gesunden Skepsis gegenüber den Motiven des Wirtschaftens“ (Aßländer 2011: 22) begründet. Die starke Motiv- oder Zweckorientierung spiegelt sich auch in der Einteilung der Wirtschaftsbereiche durch Aristoteles wider, welche im Verlauf der Arbeit noch dargestellt wird. Aus der vorherrschenden moralphilosophischen Perspektive käme insbesondere solchen wirtschaftlichen Handlungen, die Reichtumserwerb und Bereicherung zum Ziel haben, eine zutiefst negative Bewertung zu (vgl. ebd.; Mikl-Horke 2008: 8).

Bevor dies weiter ausgeführt wird, scheint es aber ratsam, sich zunächst das Menschenbild vor Augen zu halten, welches die Grundlage für das antike Wirtschaftsverständnis darstellt. Im Mittelpunkt steht dabei der freie, männliche

³Daneben finden sich Äußerungen zu ökonomischen Fragen im weitesten Sinne beispielsweise bei Hesiod, Xenophon und Platon (als dessen Schüler Aristoteles gilt) (vgl. Aßländer 2011: 22 ff; Mikl-Horke 2008: 7; Sedláček 2012: 127 ff).

Bürger⁴ (vgl. Aßländer 2011: 23; Faber/Manstetten 2002: 2f.), welcher im Idealfall „unabhängig von äußeren Zwängen von seinen Grundrenten leben konnte“ (Aßländer 2011: 23). In höchstem Maße bedeutsam für das antike Wirtschaftsverständnis ist damit das Ideal der *Selbstversorgung*, welches in direktem Zusammenhang mit dem Ideal der *Selbstgenügsamkeit* (autarkeia) steht (vgl. ebd.: 25; Faber/Manstetten 2002: 4). Um sich selbst versorgen zu können, bedarf es nach Aristoteles eines Maßes und damit einer Grenze, ab der man genug hat und zufrieden leben kann, denn „ein unbegrenztes Ziel kann nicht erstrebt werden“ (Koslowski 1993: 56)⁵. Das Selbstversorgungsideal ist auch im Kontext der immensen Bedeutung der Agrarwirtschaft für die Gesellschaft im antiken Griechenland zu sehen. Sie bestimmt nicht nur das Leben der in ihrem Rahmen tätigen Menschen, auch die „Eliten des Staates lebten von den Grundrenten ihrer landwirtschaftlichen Besitztümer“ (Aßländer 2011: 23).

Die drei Künste des Wirtschaftens

Die antiken Wirtschaftsvorstellungen konzentrieren sich im Kern auf die *Hauswirtschaft* (vgl. ebd.: 25; Faber/Manstetten 2002: 3; Miki-Horke 2008: 7). Das griechische Wort *oikonomia*⁶, aus welchem sich der Begriff Ökonomie ableitet, bedeutet soviel wie Haushaltung (vgl. ebd.: 7f.). Gemeint ist dabei die Verwaltung des „oikos“ (ebd.: 9), des Hauses, was auch die Ordnung der „Beziehungen zwischen Mann und Frau, Eltern und Kindern, Herren und

⁴Diese stellten im Athen zu Aristoteles Lebzeiten etwa 10% der Bevölkerung und besaßen das Wahlrecht, der Rest der Bevölkerung „waren Frauen, Kinder, Metöken (wir würden heute Gastarbeiter sagen) und Sklaven“ (Faber/Manstetten 2002: 2 Herv.i.O.).

⁵Das Ideal der Autarkie gilt dabei gleichermaßen für das Individuum, wie auch für den Staat als Ganzes, der nur dann frei sein könne, wenn er nicht von anderen Staaten abhängig ist (vgl. ebd.: 4).

⁶Zusammen setzt sich dies aus den griechischen Wörtern *oikos* und *nomos*, welche Haus und Gesetz bedeuten (vgl. Sedláček 2012: 14). Sinngemäß meint dies also eine Art Regelwerk zur Führung des Haushalts.

Sklaven“ (ebd.) einschlieÙe⁷. Zweck der Haushaltungskunst (*oikonomik*) sei die Bedarfsdeckung (vgl. ebd.: 1) und „richtige Verwendung der Dinge“ (Aßländer 2011: 29), welche auf „die Wahrung der eigenen Unabhängigkeit“ (ebd.: 24) ziele. Reichtum gelte dabei solange als gerechtfertigt, wenn er zur notwendigen Sicherung des Lebensunterhalts diene und damit auch die beschriebene Unabhängigkeit gewährleiste, welche wiederum ihrerseits Voraussetzung für die Beteiligung des Bürgertums in der Polis sei (vgl. ebd.: 29; Mikl-Horke 2008: 8f.).

Aristoteles beschreibt neben der Haushaltungskunst noch zwei weitere Arten beziehungsweise Künste des Wirtschaftens: die *Ktetik* oder Beschaffungskunst und die *Chrematistik* oder (künstliche) Erwerbskunst (vgl. Aßländer 2011: 28). Er scheint die drei Disziplinen dabei nach ihrem jeweils zu erfüllenden Zweck zu systematisieren. Im Falle der Beschaffungskunst sei dieser der „Zukauf all jener Güter und Dienstleistungen, die innerhalb des einzelnen Haushalts nicht hergestellt werden“ (ebd.: 29; vgl. auch Koslowski 1993: 56). Sie stellt also demnach eine Ergänzung der Haushaltungskunst dar.

Die *Chrematistik* wiederum nimmt schon allein ihrer negativen moralischen Bewertung wegen eine Sonderstellung ein. Sie beinhalte den *maßlosen* Erwerb um seiner selbst willen (vgl. Aßländer 2011: 29; Mikl-Horke 2008: 8). Das beschriebene Prinzip der Selbstgenügsamkeit scheint innerhalb der *Chrematistik* also ausgeschaltet zu sein. Das zentrale Problem sieht Aristoteles dabei in der Motivation der Handlungen, welche im Falle der *Chrematistik* auf das Prinzip des „Mehr-Haben-Wollens, [...] [der] Pleonexie“ (Koslowski 1993: 57)⁸ zurückzuführen seien. Wenn nun etwas nicht um seiner eigensten Wirkung wegen getan wird, sondern beispielsweise um Profit zu erlangen, so wird es im

⁷Peter Koslowski weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Hausverwaltung „deshalb eine Lehre von der Herrschaft im Haus“ (Koslowski 1993: 53) sei. Das Herrschaftsprinzip läge dabei in der Natur der Dinge und stelle für Aristoteles, wie auch für Plato, „ein durchgängiges Ordnungsprinzip der Welt“ (ebd.) dar. An dieser Stelle wird bereits deutlich, dass sich antike Wirtschaftskonzepte nicht problemlos auf heutige Verhältnisse anwenden lassen, da sie von einer Gesellschaft ausgehen, die zum größten Teil auf Sklaverei aufgebaut ist und in welcher der Großteil der Bevölkerung unmündig ist.

⁸Bisweilen wird *Pleonexie* auch als Raffgier oder Habsucht bezeichnet (vgl. Aßländer 2011: 22).

Grunde seines natürlichen Zweckes beraubt und gilt dadurch „als entartet und damit als moralisch verwerflich“ (Aßländer 2011: 29)⁹. An dieser Stelle wird der starke ethische Charakter des aristotelischen und antiken Wirtschaftsverständnisses erneut deutlich. Gertraude Mikl-Horke resümiert deshalb wie folgt: „Den griechischen Philosophen ging es um ethische Fragen des 'guten Lebens', nicht um effizientes oder rationales Wirtschaften.“ (Mikl-Horke 2008: 8 Herv.i.O.)¹⁰. Bezogen auf den *oikos* steht dabei „gerechte Herrschaft und Verwaltung und nicht effiziente Produktion“ (Koslowski 1993: 50) im Mittelpunkt. Der Wirtschaft komme in der antiken Vorstellung damit ihrerseits die Aufgabe zu, den Menschen dienlich zu sein und die Versorgung der Gemeinschaft zu gewährleisten (vgl. Aßländer 2011: 31).

Arbeit als notwendiges Übel

Betrachtenswert, auch in Hinblick auf die weitere Entwicklung des Ökonomieverständnisses, erscheint die Bedeutung von Arbeit in der griechischen Antike. Arbeit wird hier eher negativ bewertet, sie stellt eine Art notwendiges Übel dar und steht der Freiheit im Wege (vgl. ebd.: 25; Faber/Manstetten 2002: 3). Letzteres erklärt sich insbesondere damit, dass die Abhängigkeit von materiellen Zwängen, als welche sich Arbeit äußert, dem oben benannten Ideal der Unabhängigkeit widerstrebt. Entsprechend verschärfe sich der Konflikt weiterhin, wenn etwas auf Befehl anderer hin ausgeführt wird (vgl. Aßländer 2011: 25). Insgesamt gelte Arbeit (besonders jene, die mit den Händen ausgeübt wird) also „als eines freien Mannes unwürdig“ (ebd.). Zusätzlich werden Arbeiten noch danach differenziert, ob sie

⁹Das Gros des heutigen ökonomischen Denkens und Handelns würde von Aristoteles demnach zur *Chrematistik* gezählt und damit moralisch abgelehnt werden (vgl. ebd.: 30). Koslowski kommt ebenso zu dieser Feststellung und begründet sie damit, dass „Wirtschaftstheorie im modernen Sinn [...] über den Rahmen einer Untersuchung vernünftiger Praxis hinausgeht“ (Koslowski 1993: 50).

¹⁰Dieses gute Leben, welches durch gelungenes Handeln erreicht werden soll (*eudaimonia*), stellt für Aristoteles das allgemeine Ziel menschlichen Lebens dar (vgl. (vgl. Precht 2005: 205 f.). Der Handlung an sich kommt dabei eine große Bedeutung zu, denn: „Nur ein Wesen, das sich an dem Guten orientiert, handelt vernünftig“ (ebd.: 206).

– den antiken Maßstäben entsprechend – ehrenwert sind. Die sich daraus ergebende Hierarchie entspricht offensichtlich der oben beschriebenen Kategorisierung der Wirtschaftskünste. Während landwirtschaftliche Arbeiten innerhalb dieser Hierarchie das höchste Maß an Anerkennung genießen¹¹, bildet der Bereich des Handels¹² das Schlusslicht (vgl. ebd.). Der Aspekt der *Arbeitsteilung* wird in der Antike nicht hinsichtlich seiner möglichen steigernden Auswirkung auf Produktion und wirtschaftliche Effizienz bewertet, sondern als naturgegeben betrachtet und danach bewertet, wie zufriedenstellend er sich auf die Lebensführung auswirkt (vgl. ebd.: 30; Mikl-Horke 2008: 2). Da die Menschen von Natur aus unterschiedlich seien, erlangen sie durch Arbeitsteilung die Möglichkeit, „ihre je spezifischen Fähigkeiten bestmöglich zur Geltung zu bringen“ (Aßländer 2011: 30). Diese Differenzierung zeigt sich auch auf der Ebene der Gesellschaftsstruktur, wobei je nach Stand bestimmte Tätigkeiten zugeordnet werden, was wiederum zum Erhalt des Gemeinwesens notwendig sei (vgl. ebd.). In engem Zusammenhang mit den standesgemäßen Tätigkeiten stehen auch damit verbundene gemeinwesenbezogene Pflichten, welche proportional zum jeweils vorhandenen materiellen Reichtum steigen (vgl. ebd.: 26; Mikl-Horke 2008: 9). Zu diesen „Euergesien“ (ebd.) zählen beispielsweise die Finanzierung öffentlicher Bauwerke, die Unterstützung armer Menschen oder die „Ausgestaltung religiöser Feste“ (Aßländer 2011: 26).

Dieser Ausgleich dient der Stabilisierung der Gemeinschaft, insbesondere der Polis und repräsentiert die Kategorie *Gerechtigkeit* in Bezug auf Fragen von Politik und Ökonomie in der Antike. Die antike Vorstellung von Gerechtigkeit darf dabei allerdings nicht mit der heutigen Vorstellung, die sich zumeist auf soziale Gerechtigkeit bezieht, gleichgesetzt werden. Die Idee der Verbindung von Gerechtigkeit und Gleichheit existiert erst seit der Französischen Revolution. Aristoteles differenziert Gerechtigkeit zum einen danach, ob sie auf Verteilung, etwa von Gütern, innerhalb der Bürgergemeinschaft beruht oder aber als Ausgleichshandlung seitens des Staates vollzogen wird (vgl. Mikl-

¹¹Koslowski konstatiert hierzu: „Die Landwirtschaft ist nach Aristoteles der ursprünglichste und der Natur entsprechendste Wirtschaftszweig“ (Koslowski 1993: 56)

¹²Als Ausnahme sei an dieser Stelle der Seehandel zu nennen, welcher aufgrund der Versorgung mit Importgütern eher in die *ktetik* einzuordnen ist und zudem besonderer Tugenden, wie etwa *Mut*, bedarf (vgl. Aßländer 2011: 25).

Horke 2008: 8; Meikle 1995: 129 ff). Zum anderen gäbe es noch die „Tauschgerechtigkeit“ (Mikl-Horke 2008: 8), welche auf dem Gleichwertigkeits- und Gegenseitigkeitsprinzip aufgebaut ist (vgl. Aristoteles 1972: 159 [1131 a 10]). Indem sie sich auf Aristoteles Nikomachische Ethik bezieht, beschreibt Mikl-Horke dies folgendermaßen: „Beim Tausch müssen Gabe und Gegengabe gleichwertig sein. Der eine darf daher nicht mehr erhalten als der andere, Gewinnerzielung ist hierbei nicht vorgesehen. Der Grund des Tausches besteht in den Bedürfnissen, die jedoch maßvoll sein sollen“ (Mikl-Horke 2008: 8). Wie weiter unten gezeigt wird, stellt diese Vorstellung von Gerechtigkeit die Grundlage für die Definition vom *gerechten Preis* im Mittelalter dar.

Zusammenfassend lässt sich das antike Wirtschaftsverständnis mittels folgender Punkte charakterisieren:

- Die Betrachtung wirtschaftlicher Fragen erfolgt von einer *moralisch-ethischen* Perspektive aus.
- Tugend und Mäßigung verhelfen zum Erfolg (Führung eines guten Lebens).
- Wirtschaftliche Handlungen werden nach ihrem Zweck und der zugrunde liegenden Motivation hin kategorisiert.
- Im Mittelpunkt steht die Hauswirtschaft. Der Hausstand des freien Bürgers strebt nach Autarkie und Autonomie.
- Arbeit wird negativ bewertet, in ihrer Notwendigkeit aber anerkannt.
- Privateigentum ist legitim, verpflichtet aber gleichzeitig zu Leistungen, die dem Wohle der Gemeinschaft dienen.

Frage man im antiken Griechenland ‚Was wollt ihr?‘, so bekäme man (von den männlichen Bürgern) im Sinne des Aristoteles möglicherweise die folgende Antwort: ‚Ein gutes, rechtschaffendes Leben in größtmöglicher Unabhängigkeit‘. Dass die antike Gesellschaft nach heutigen Maßstäben von sozialer Gerechtigkeit alles Andere als gerecht anmutet und Gewinnstreben wahrscheinlich auch innerhalb des Bürgertums weit verbreitet war, steht dabei außer Frage. Wenn dem nicht so gewesen wäre, hätte sich vermutlich auch

niemand Gedanken über Habsucht oder dergleichen gemacht. Dass beispielsweise Aristoteles Sichtweise „eine ethische Betrachtung dessen, was im idealen Zustand als wünschenswert und wertvoll erachtet wurde“ (ebd.: 9) darstellt, ändert aber wiederum nichts an ihrer Relevanz und Diskussionswürdigkeit.

Die ökonomischen Überlegungen der antiken griechischen Philosophen zogen sich in ihrer Gewichtung bis weit in die römische Antike hinein und wurden, wie schon mehrfach angedeutet, auch in späteren Zeitaltern immer wieder aufgegriffen (vgl. Aßländer 2011: 22 f. Mikl-Horke 2008: 9). Es sei zudem darauf hingewiesen, dass bis dato über ihre Relevanz diskutiert wird, besonders dann wenn es um die Frage danach geht, wo Philosophie und Ethik ihren Platz in der heutigen Ökonomie haben (vgl. Faber/Manstetten 2002: 2).

2.2.2 Von Gottgefälligkeit und blühendem Handel – Wirtschaft im Mittelalter

Das Wirtschaftsverständnis des Mittelalters ist maßgebend durch eine Orientierung an den klassischen Texten der Antike gekennzeichnet (vgl. Aßländer 2011: 31; Mikl-Horke 2008: 10). Besonders gilt dies im Kontext der „scholastischen Literatur des Hoch- und Spätmittelalters, die auf der Wiederentdeckung der Lehre des Aristoteles beruhte“ (ebd.). Der wohl prominenteste Vertreter dieser Neuinterpretation aristotelischer Schriften seitens der christlichen Lehre ist Thomas von Aquin (1225-1274) (vgl. Sedláček 2012: 198).

Im Unterschied zur Antike erfolgen die Betrachtungen von Ökonomie nun von einem *theologischen* Standpunkt aus (vgl. Aßländer 2011: 31; Mikl-Horke 2008: 7), was nicht bedeutet, dass sie weniger von ethischer Natur wären. Peter Ulrich beispielsweise konstatiert, dass *alle* vormodernen Wirtschaftslehren ihrem Wesen nach wirtschaftsethisch seien (vgl. Ulrich 2001: 132). Es handelt sich im Falle des Mittelalters wahrscheinlich eher um eine Erweiterung der Betrachtungsweise um theologische Annahmen. Das Christentum, als

einheitlich vorherrschender Glaube in Europa, bestimmt im Mittelalter nahezu alle Lebens- und Denkbereiche, was auch ökonomische Vorstellungen einschließt (vgl. Aßländer 2011: 32).

Die wirtschaftsgesellschaftliche Struktur des Mittelalters, welche sich nach dem Zusammenbruch des römischen Reiches zunächst stark agrarisch geprägt entwickelt, charakterisiert Mikl-Horke wie folgt:

„Die Wirtschaft des Mittelalters stellte sich schließlich in Form eines Gegensatzes zwischen dem weiten Land mit seinen Grundherrschaftsverhältnissen und der Unfreiheit der in diesen lebenden Menschen und den entstehenden Städten mit ihrem organisierten Gewerbe und dem aufblühenden Handel dar. Die Klöster als die wichtigsten Wirtschaftsorganisationen der Epoche führten die Tradition der ‚oikonomia‘ in praktischer Hinsicht fort“ (Mikl-Horke 2008: 10).

Das Prinzip der Grundherrschaft und die große Bedeutsamkeit der Landwirtschaft erscheinen nicht neu und ähneln den Verhältnissen in der Antike. Was sich nun aber grundlegend ändert, ist die *Bedeutung von Arbeit*.

Arbeit als Gottesfluch und Tugend

Die mittelalterliche Haltung zu Arbeit kann nicht losgelöst von der christlichen Denktradition gesehen werden. Im Zuge des Sündenfalls wird Arbeit zur universellen Strafe für die Menschheit (vgl. Aßländer 2011: 32; Sedláček 2012: 117). So mag sie zunächst auch wie ein Übel wirken, jedoch erhält sie eine gänzlich andere Bewertung als in der Antike. Sie gilt nicht als unwürdig, sondern als von Gott bestimmte Aufgabe für jeden Menschen. Letzteres auch bereits in der Genesis, bevor sie durch den Sündenfall zum Fluch wird (vgl. ebd.: 116). Arbeit ist eine Tugend, die schon auf Erden als Vorsorge und Voraussetzung für den Einzug in das Himmelreich fungiert.

Aßländer fasst zusammen: „Arbeit ist Lebensvoraussetzung für den Menschen, sie ist gottgewollt, und sie trifft alle gleichermaßen“ (Aßländer 2011: 32). Auch wenn sie in ihrem Ausmaß und in ihrer Härte nicht gleichmäßig verteilt ist, sei die Vorstellung, dass alle auf irgendeine Weise ihre Arbeit leisten müssen, durchaus von hoher Bedeutung für die Stabilität der gesellschaftlichen Ordnung

des Mittelalters (vgl. ebd.). Dies wiederum führt zum Aspekt der *Arbeitsteilung*, welcher, auf das Mittelalter bezogen, zunächst im Kontext der ständischen Ordnung zu betrachten ist (vgl. ebd.: 36). Den drei Ständen, „die gemeinsam zum Wohle aller (*bonum communa*)¹³ zusammenwirken müssen, um so die irdische Ordnung als Abbild der himmlischen Ordnung zu verwirklichen“ (ebd.), stehen jeweils spezifische Aufgaben zu. So liegt die Verantwortung der Ritter bei der Gewährleistung der weltlichen Ordnung, die des Klerus im Bereich des Seelenheils der Menschen und die Bauern schließlich haben die Versorgung mit existentiellen Gütern zur Aufgabe (vgl. ebd.).

Mit der voranschreitenden *Entwicklung von Handel, Handwerk und Gewerbe*, insbesondere im Rahmen der Städteentwicklung, entfernen sich die christlich-theoretische Lehre und die wahrhaftig gelebte Praxis allerdings zunehmend voneinander (vgl. ebd.; Mikl-Horke 2008: 12 f.). Die gesellschaftliche Struktur der Stadt, in der arbeitsteilig produziert und auf Märkten gehandelt wird, lässt sich nicht mehr in den starren Rahmen der Ständeordnung zwängen, welche ja einige Berufsgruppen und Tätigkeiten ausschließt. In gewisser Weise wird „die scholastische ökonomische Theorie von der Praxis überholt“ (Aßländer 2011: 36). Nichtsdestotrotz bleibt die kirchliche Lehrautorität bis zur Aufklärung und geistigen Säkularisierung der Neuzeit weitestgehend unangefochten und damit auch die überwiegend negative Haltung gegenüber bestimmten Teilaspekten der Wirtschaft (vgl. ebd.: 37 f.).

Gerechtigkeit von Lohn und Preis

In der mittelalterlichen (christlich-ethischen) Vorstellung davon, welcher Preis der gerechte für ein Gut sei, finden sich Bezugspunkte zum aristotelischen Gerechtigkeitsverständnis (vgl. ebd.: 32; Mikl-Horke 2008: 10). Insbesondere Thomas von Aquin beschäftigt sich mit den Fragen der Preisgerechtigkeit, wobei der Wert der Ware entscheidend ist (vgl. Aquin 1985: 343; Aßländer

¹³Die Frage nach dem Gemeinwohl scheint von jeher untrennbar mit der politischen und wirtschaftlichen Ordnung einer Gesellschaft verbunden zu sein und spielte bereits in den Ausführungen zum antiken Griechenland eine Rolle. Wenngleich der Begriff auch schwer genau definierbar scheint (vgl. Münkler/Fischer 2002: 9).

2011: 33; Mikl-Horke 2008: 12). Wie bei Aristoteles' Tauschgerechtigkeit, muss der Preis dabei dem *natürlichen Wert*¹⁴ einer Ware entsprechen. Ganz ähnlich verhält es sich mit der Bestimmung von gerechtem Lohn, welcher sich „nach dem anerkannten Wert der geleisteten Arbeit und der Würde der Person, die diese Arbeit leistet“ (Aßländer 2011: 34) zusammen setzt. Nimmt man nun diese beiden Vorstellungen zusammen, ergibt sich daraus die kategorische Ablehnung von Kreditgeschäften und bestimmten Handelsgewinnen von Seiten der Scholastik, da diese nicht in die Konzeption vom gerechten Preis und vom gerechten Lohn zu passen scheinen (vgl. ebd.; Mikl-Horke 2008: 12). Diese Ablehnung gipfelt 1179 im *Kanonischen Zinsverbot*, mit dem die katholische Kirche die als Sünde geltende Zinsnahme unter Strafe stellt (vgl. Aßländer 2011: 34 f.). Die damit erzielte Unterbindung des sogenannten Wuchers gelingt allerdings nicht (vgl. ebd.: 35).

Dennoch hält sich die Ablehnung desselben seitens der Kirche unablässig und findet selbst noch in den Schriften Martin Luthers (1483-1546) ihren Platz (vgl. ebd.: 38; Mikl-Horke 2008: 13). Und auch wenn sich die Kaufleute und Händler zunehmend an eigenen „ökonomischen Kriterien“ (Aßländer 2011: 37) orientieren, bleibt die Gottesfurcht bestehen¹⁵. Die Akteure der Reformation sehen die Bedeutung von Handel und Kredit¹⁶, bewerten sie aber jeweils nach dem Handlungsmotiv und transferieren so „das Problem in das individuelle Gewissen hinein“ (Mikl-Horke 2008: 14). Dies meint, dass Reichtum legitim ist, wenn das Motiv und der Weg, auf dem man zu ihm gelangt ist, auf einer religiösen und frommen Lebensweise basiert (vgl. ebd.). Wesentliche Elemente

¹⁴Aßländer dazu: „Dieser setzt sich zusammen aus dem Wert der zur Produkterstellung geleisteten Arbeit, den Ausgaben (Materialkosten, Transportkosten usw.), sowie gegebenenfalls einem Aufschlag für die Seltenheit des Produkts und eventuelle Gefahren bei der Produkterstellung“ (Aßländer 2011: 32 f.). Entscheidend ist also, dass sich der Wert von seiner Herstellung beim Verkäufer und nicht vom eventuellen Nutzen für den Käufer her bestimmen lässt.

¹⁵Aßländer weist hier darauf hin, dass manche Menschen beispielsweise, aus Angst vor dem was sie im Jenseits ihres sündigen Lebens wegen erwarten würde, im Alter noch nach dem Ablegen eines Armutsgelübdes in Klöster gegangen sind oder ihren Besitz verschenkt haben (vgl. ebd.: 37).

¹⁶An dieser Stelle ist besonders Calvin (1509-1564) zu nennen (vgl. Mikl-Horke 2008: 14).

des gewünschten protestantischen Lebensweges beschreibt Mikl-Horke: „Systematische Selbstkontrolle und asketische Lebensführung, die vordem auf die Mönchsorden konzentriert waren, sollten das Handeln aller Menschen bestimmen, um sich im Hinblick auf den Gegenstand zu bewähren, was die Ablehnung von Almosen und die ethische Verpflichtung zur Arbeit in den protestantischen Gemeinwesen zur Folge hatte“ (ebd.).

Die damit verbundene Grundhaltung ändert die Einstellung zu Arbeit in der Folgezeit fundamental und findet ihre prominenteste Analyse in Max Webers *Protestantischer Ethik* (vgl. Weber 1993 [1904]).

Für die gesamte mittelalterliche Einstellung zur Wirtschaft, seitens der Scholastiker wie auch seitens der Reformatoren, gilt zusammenfassend folgende Charakterisierung: „Wirtschaftliches Handeln steht stets unter dem moraltheologischen Vorbehalt des gottgefälligen Lebens und wird stets an der jenseitigen Heilserwartung gespiegelt“ (Aßländer 2011: 37). Übertragen auf die ‚Was wollt Ihr?‘ – Frage, könnte sich im Mittelalter deshalb folgende Antwort ergeben: ‚Ein Leben, welches zu einem möglichst angenehmen Platz im Jenseits führt‘.

An diesem Punkt lohnt sich ein Blick zurück. Nach Peter Ullrich haben die sogenannten vormodernen Gesellschaften den ökonomischen Charakter einer Subsistenzwirtschaft (vgl. Ulrich 2001: 133). Wirtschaftliches Handeln richtet sich dabei „auf die Befriedigung der unmittelbaren Lebensbedürfnisse der lokalen Lebensgemeinschaft“ (ebd.). Es ist zudem stark institutionell reglementiert, etwa durch die Zunftordnung im Spätmittelalter, sowie von jeweils universellen Normen und Sitten bestimmt: „Ökonomische Motive und Interessen waren sozusagen *normativ gehemmt* und durchgängig lebensweltlichen Handlungsorientierungen des guten Lebens und gerechten Zusammenlebens (im jeweiligen vormodernen, konventionellen Sinn) untergeordnet“ (ebd.: 132, Herv.i.O.). Ulrich zeigt weiterhin auf, dass der Calvinismus, wie bereits angedeutet, die Grundlage für eine „*normative Enthemmung*“ (ebd.: 136, Herv.i.O.) liefert.

2.2.3 Von der Markttheorie zum *homo oeconomicus* – ökonomisches Denken in der Moderne

Im 17. und 18. Jahrhundert, dem Zeitalter der Aufklärung, erfährt das Wirtschaftsverständnis grundlegende Wandlungen. Dies wird bereits am Begriff der Ökonomie deutlich, der ab dieser Zeit „für die Wirtschaftsverwaltung des Staates und auch für die Wissenschaft von der Wirtschaft“ (Mikl-Horke 2008: 14) verwendet wird. Der Wandel des Wirtschaftsverständnisses steht auch hier in untrennbarem Zusammenhang mit den politischen und gesellschaftlichen Brüchen und Veränderungen, die sich ab dem 17. Jahrhundert vollziehen. Eine wichtige Rolle spielt dabei, wie später gezeigt wird, die Entwicklung der Vorstellung von Gesellschaft in Abgrenzung zum Staat.

Der Staat als oikos – Ökonomie im Absolutismus

Im Absolutismus¹⁷ wird der Staat als Ganzes zum *oikos* mit eigenem Staatshaushalt (vgl. ebd.). Handel und Gewerbe verlieren ihre Negativbewertung zu Gunsten des Nutzens, welchen sie dem Staat in Bezug auf Reichtumserwerb und Machtvorteile bringen (vgl. ebd.).

Der Merkantilismus betrachtet dementsprechend die gesamtwirtschaftliche Ordnung, was auch die Erstellung von Infrastruktur und die Erhebung von Zöllen umfasst, als Aufgabe des Staates (vgl. Aßländer 2011: 41). Die Bandbreite der staatlichen Zuständigkeiten beschreibt Mikl-Horke: Die Wirtschaftstätigkeiten, ob es sich um Landwirtschaft, Gewerbe, Manufakturen, Binnenhandel, Exporthandel, Bankgeschäft und Kreditwirtschaft handelte, standen genauso wie das Finanz- und Steuerwesen, die allgemeine Wohlfahrtspflege und die Staatsverwaltung unter der Ägide des Staates“ (Mikl-Horke 2008: 15).

Eine davon abweichende Entwicklung zeichnet sich allerdings in Großbritannien ab (vgl. ebd.: 16). Die hier, früher als auf dem europäischen Festland,

¹⁷Besonders hervorzuheben sei hier das Frankreich unter Ludwig XIV. (1638-1715), wo in Bezug auf die Wirtschaftspolitik „Gemeinwohl und Staatswohl identifiziert wurden“ (ebd.: 14f.).

einsetzende Beseitigung des Absolutismus in Verbindung mit der Kommerzialisierung bestimmter Wirtschaftsbereiche, wie etwa der Landwirtschaft, sowie der einsetzenden Industrialisierung führen zur gesamtgesellschaftlichen Erweiterung von Geldwirtschaft und damit zur Veränderung der Reichtumsbedingungen (vgl. ebd.). Dies meint, dass Reichtum nicht mehr allein auf Grundbesitz oder Privilegien von Geburt her beruht, sondern durch „eigenes Streben und Handeln“ (ebd.) über den Erwerb von Geld erlangt werden kann.

Handelsfreiheit und eigendynamische Wirtschaft

Nach der jahrhundertelangen moralischen Ablehnung, bis hin zur gesetzlichen Einschränkung ihrer Tätigkeit, wendet sich nun das Blatt für die Händler- und Kaufmannsschichten. Mikl-Horke betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Freihandelsdebatte im 17. Jahrhundert in England, wobei der gewachsene Einfluss der Händler im Erfolg ihrer Proteste gegen Privilegierungspraktiken des Staates und im Eintreten für den Freihandel sichtbar werde (vgl. ebd.). Dies alles habe Einfluss auf die Entstehung einer neuen Vorstellung von Wirtschaft „als ein autonomes, von der Krone unabhängiges System von Austauschhandlungen“ (ebd.).¹⁸

Ähnlich stellt dies auch Aßländer dar: „Handel, Handwerk und Industrie werden nicht mehr als selbständige Bereiche individuellen, losgelöst voneinander existierenden Handelns betrachtet, sondern in ihren Austauschbeziehungen als System – das des Wirtschaftens – begriffen“ (Aßländer 2011: 40).

Grundlage für diese neue Sichtweise sei die „theoretische Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft“ (ebd.). Die Frage nach der Konstitution von Gesellschaft und die theoretischen Überlegungen, wie etwa zum Konzept des

¹⁸In diesem Kontext muss auch die „Legitimierung des Erwerbs- und Gewinnstrebens“ (ebd.: 16) beachtet werden, welches, wie beschrieben, in der Antike wie auch im Mittelalter moralisch abgelehnt und als Sünde begriffen wurde, nun aber „geradezu als notwendig erachtet wurde, damit die einzelnen in diesem arbeitsteiligen Zusammenhang ihre Leistung einbringen“ (ebd.). Es wird also zur wichtigen Motivation für wirtschaftliches Handeln.

Gesellschaftsvertrags von Hobbes und Rousseau, aber auch die liberalistischen Ansätze von Locke und Smith führen zur genaueren Betrachtung der wirtschaftlichen Ordnung von Gesellschaften innerhalb der praktischen Philosophie und der klassischen Ökonomie (vgl. ebd.: 39; Sedláček 2012: 257 ff). Letzterer sei es in ihren Anfängen besonders daran gelegen, „die Wirtschaft als Ganzes in ihren Funktionsbedingungen zu begreifen“ (Aßländer 2011: 40). Aßländer benennt drei Hauptströmungen, welche innerhalb der klassischen Ökonomie durchaus unterschiedliche Antworten auf die Grundfragen nach der gesamtwirtschaftlichen Ordnung, individuellen Freiheiten, Handelsfreiheit und Quellen des nationalen Wohlstands finden (vgl. ebd.: 41). Diese bestehen aus den Merkantilisten, den Physiokraten und den Anhängern des Liberalismus. In Bezug auf die individuellen Freiheiten fügt er noch die *Laissez-Faire* – Position hinzu. Seiner dominanten Rolle wegen beschränken sich die Betrachtungen in der vorliegenden Arbeit hauptsächlich auf den Liberalismus¹⁹.

Mikl-Horke erkennt das zentrale Problem, dem sich die klassische Ökonomie gegenüber sieht, in der „Legitimierung der individuellen Interessen und der Autonomisierung des wirtschaftlichen Handelns gegenüber dem Staat, der das Gemeinwohl zu repräsentieren beansprucht hatte“ (Mikl-Horke 2008: 18).

Im Raum steht also die Frage nach der Möglichkeit, Eigeninteressen²⁰ mit dem Gemeinwohl gelingend zu verknüpfen. Die vermeintliche Lösung dafür hält der Liberalismus in Form des mechanischen Wirkprinzips des eigendynamischen Marktes parat (vgl. ebd.: 19). Die Vorstellung von der Wirtschaft als Kreislauf, der durch die Handlungen seiner Einzelteile von selbst in Bewegung bleibt, emanzipiert sie von der Notwendigkeit einer übergeordneten Institution²¹. Wichtig scheint dabei auch die Neuerung des Menschenbildes durch die neue Markttheorie, in der alle Mitglieder der Gesellschaft als freie Wirtschaftssubjekte anerkannt würden und es prinzipiell zur „Aufwertung der einfachen Menschen“ (ebd.) komme.

¹⁹Zur Charakterisierung der weiteren Strömungen vgl. Aßländer 2011: 41 ff.

²⁰Eine umfangreiche Definition des Interessenbegriffs, auch in Hinblick auf seine Rolle als Konzept in der Ökonomie und Wirtschaftssoziologie liefert Richard Swedberg (vgl. Swedberg 2009: 36 ff).

²¹Wie etwa „Gott, König oder Staat“ (Mikl-Horke 2008: 19).

Auch wenn es faktisch bis heute wahrscheinlich keine Form der Gesellschaft gibt, in der alle Mitglieder auf vollkommen gleiche Weise anerkannt sind, scheint diese Vorstellung, in Anbetracht der zuvor streng, beispielsweise nach Ständen, hierarchisierten Gesellschaftsordnungen, als fortschrittlich.

Mikl-Horke misst dieser Idee eine grundlegende Bedeutung für die Entwicklung moderner Demokratie bei, betont zudem aber auch ihre Legitimation durch das Prinzip der Rationalität:

„Da Grundlage dieser Vorstellung von Wirtschaft als sozialer Ordnung das individuelle Handeln freier Menschen war, konnte die Markttheorie auch mit praktischer Rationalität begründet werden. Der ‚Verstand‘ des Individuums im Sinne seiner Eigennutzorientierung ersetzt die ‚Vernunft‘ als das auf die Menschheitsgeschichte gerichtete Prinzip, als dessen Verkörperung Hegel den Staat gesehen hatte.“ (ebd.)

Als eine Vorstellung darüber, wodurch diese Ordnung ihre Stabilität erhalte, führen die meisten Autorinnen und Autoren Adam Smiths (1723-1790) berühmte *unsichtbare Hand*²² an, welche ausgleichend das Eigeninteresse der Menschen so lenke, dass es dem Allgemeininteresse förderlich sei (vgl. Smith 1978 [1776]: 371; Aßländer 2011: 44; Mikl-Horke 2008: 18; Sedláček 2012: 247; Swedberg 2009: 36). Die bekannteste Interpretation von Smiths Werk *The Wealth of Nations* wird zum Teil auch heute noch zur „Erklärung für die Kräfte des freien Marktes benutzt“ (Sedláček 2012: 247).

Die Smith bisweilen unterstellte Legitimierung von Selbstsucht und Eigennutz wird zumeist mit dem Verweis auf seine Ausführungen in *The Theory of Moral Sentiments* wiederlegt (vgl. Smith 1977 [1759]; Sedláček 2012: 249; Swedberg 2009: 37). Anders als beispielweise Bernard de Mandeville, der in seiner *Bienenfabel* Egoismus und Laster zu Voraussetzungen für das Gemeinwohl einer Gesellschaft werden lässt (vgl. Mandeville 1980 [1724]: 84), bezieht Smith in sein Konzept des Eigeninteresses unmoralisches Tun nicht mit ein, sondern

²²Das Bild der *unsichtbaren Hand* sei allerdings nicht von Smith erfunden, sondern existiere schon wesentlich länger (vgl. ebd.: 17; Sedláček 2012: 237). Zudem wird es in Smiths Werken eher beiläufig und in drei sehr unterschiedlichen Kontexten genannt (vgl. ebd.: 248 f.). Dennoch wird Smiths Vermächtnis heute scheinbar oft auf die Gedanken zur unsichtbaren Hand des Marktes reduziert.

distanziert sich stark davon²³ (vgl. Smith 1977 [1759]; auch Mikl-Horke 2008: 18; Sedláček 2012: 237; Swedberg 2009: 37).

Doch an dieser Stelle einen Schnitt: Es lässt sich feststellen, dass die klassische Ökonomie in moralphilosophischer Tradition steht und insbesondere auch sozialpolitischen Fragen nachgeht (vgl. Aßländer 2011: 46). Sie ist bis ins 19. Jahrhundert hinein insgesamt als politische Ökonomie zu sehen, deren Inhalte überwiegend nationalökonomischer Natur sind.

Zunehmend sieht sie sich als *junge Wissenschaft* der Frage nach eigenem Forschungsgebiet und eigener Methodik gegenüber und orientiert sich naturwissenschaftlich (vgl. ebd.).

Der Liberalismus wird zur „beherrschende[n] Sozialideologie des 19. Jahrhunderts“ (Mikl-Horke 2008: 19) und setzt mit der Vorstellung vom eigendynamischen Markt Maßstäbe, die in der Folgezeit aufgegriffen und ausgebaut werden. Arbeit bietet (theoretisch) neben der Existenzsicherung auch die Möglichkeit des Aufstiegs und des Reichtumserwerbs, welcher wiederum legitimiert ist, da das Gewinnstreben der Einzelnen zur Triebkraft der Wirtschaft und des Marktes insgesamt werde.

Dass sich in der Praxis der erwünschte Ausgleich der Interessen zum Wohle aller nicht vollzog und die negativen Seiten der Industrialisierung viele Bevölkerungsgruppen unter katastrophalen Bedingungen leben ließen, ist bekannt. Darauf wird an einem späteren Punkt der Arbeit weiter eingegangen.

Der homo oeconomicus verlässt das Haus

In der Ökonomie des späten 19. Jahrhunderts spielt der Begriff des *Nutzens* eine bedeutende Rolle (vgl. ebd.: 21; Swedberg 2009: 37). Er markiert den Wandel des Wirtschaftsdenkens weg von der Orientierung an Bedürfnissen und Werten, hin zu individualpsychologischen Annahmen über das wirtschaftliche

²³Sedláček gibt allerdings zu bedenken, dass Smith keinen klaren Diskurs zur Differenzierung zwischen Tugend und Laster in diesem Zusammenhang führe und Eigenliebe als Eigeninteresse zur Tugend umdefiniert würde. Daneben geht er weiterhin auf das Problem der großen Unterschiedlichkeit der beiden Hauptwerke von Adam Smith (das 'Adam-Smith-Problem') ein (vgl. dazu Sedláček 2012: 251 ff).

Handeln (vgl. Mikl-Horke 2008: 21). Die Bestimmung des Wertes eines Gutes ergibt sich nun aus der „Beziehung zwischen Bedürfnis und Ressourcen“ (ebd.) und wird dadurch wesentlich von der Konsumnachfrage bestimmt. Im Gegensatz zur oben beschriebenen antiken und mittelalterlichen Vorstellung des *natürlichen Wertes*, der Gütern innewohnt und den Preis bestimmt, wird der Wert nun wesentlich flexibler und scheint damit auch seine maßvolle Begrenzung zu verlieren. Stattdessen wird davon ausgegangen, dass der Preis auf dem Markt gebildet wird und dort sein Gleichgewicht über Angebot und Nachfrage findet (vgl. ebd.: 22).

Damit wird auch der Wandel der Sichtweise auf die Wirtschaft insgesamt deutlich, den Mikl-Horke folgendermaßen beschreibt: „Wirtschaft wurde nicht mehr auf den Staat oder die Wirtschaftsgemeinschaft bezogen, sondern als **Austauschbeziehung zwischen Individualwirtschaften** definiert, was die Mikrofundierung der modernen Wirtschaftstheorie begründete. Das bedeutete die endgültige Abkehr von der ‚oikos‘-Idee der Wirtschaft“ (ebd.: 21, Herv.i.O.)

In diesem Rahmen bringt die Frage nach den Grundlagen der Motivation des wirtschaftlichen Handelns das logisch-fiktive Modell des *homo oeconomicus*²⁴ hervor, als dessen geistiger Vater gemeinhin der englische Philosoph und Utilitarist²⁵ John Stuart Mill (1806-1873)²⁶ gesehen wird (vgl. u.a. Aßländer 2011: 48; Mikl-Horke 2008: 21; Swedberg 2009: 37). Die Betonung liegt hier

²⁴Die Grundlagen für dieses Konzept findet Sedláček unter anderem im mechanisch-rationalen Denken Descartes' (vgl. ebd.: 217 ff).

²⁵„Der Utilitarismus reklamierte die Berechtigung aller Menschen auf Glück und war eine sozialetische Auffassung, die auf das Gemeinwohl gerichtet war“ (Mikl-Horke 2008: 21). Die Ausrichtung auf das größtmögliche Glück der größten Zahl wird seit jeher aber auch grundlegend kritisiert. Aktuell richtet sich in diesem Kontext die internationale Aufmerksamkeit auf den asiatischen Staat Bhutan, in welchem das ‚Bruttonationalglück‘ mittels einer eigenen Kommission überprüft wird. Vgl. dazu u.a. https://www.marketing-centrum.de/ciw/forschen/downloads/DP-CIW_09_2011.pdf, verfügbar am 12.04.2012.

²⁶Aßländer bezeichnet Mill, auch trotz der naturwissenschaftlichen Orientierung seiner Vorstellung von ökonomischer Forschung, als „letzte[n] große[n] Vertreter einer Ökonomietradition, in der Ökonomie als Politische Ökonomie, und damit als Teil der praktischen Philosophie betrachtet wird“ (Aßländer 2011: 49). Für ihn sei Ökonomie, besonders in Bezug auf Verteilungsfragen nie wertfrei und „an die Prinzipien der Moral und der Gerechtigkeit als eigentlichem Beurteilungskriterium rückgebunden“ (ebd.).

zunächst auf dem Modellstatus dieses Bildes vom Menschen als rationalem, allein nach Nutzenmaximierung strebendem Individuum. Denn Mill sei sich dabei der Einschränkungen, die eine solche Begrenzung des Menschenbildes mit sich bringt, durchaus bewusst gewesen, weshalb es als Modell etabliert wird, an dem beispielsweise wirtschaftspolitische Empfehlungen theoretisch zu prüfen seien (vgl. Aßländer 2011: 49). Mit der Zeit geht der *homo oeconomicus* allerdings darüber hinaus und wird mitunter zu einem Teil der „grundlegenden Annahmen über menschliches Verhalten“ (ebd.: 52), was in letzter Konsequenz zu der verdrehten Auffassung führen kann, „dass *in Wirklichkeit* die Ökonomie die Grundlage der Gesellschaft ist und alle Bewegungen und Handlungen des Einzelnen sich daraus ergeben“ (Sedláček 2012: 333, Herv.i.O.).

Dass sich menschliches Verhalten mittels einer derart starren Schablone wie der des *homo oeconomicus* nicht vollständig und in seiner Komplexität erklären und nachvollziehen lässt, scheint offensichtlich. Ebenso scheint es höchst unwahrscheinlich, dass es einen gesamtwirtschaftlichen Markt gibt, der unproblematisch sein Gleichgewicht über die vollkommene Konkurrenz gleichrangiger Akteure findet (vgl. Mikl-Horke 2008: 22).

Dies wirft die Frage danach auf, warum sich solche Vorstellungen derart hartnäckig halten und ihren Platz im ökonomischen Denken fest einnehmen. Eine mögliche Erklärung dafür sieht Mikl-Horke etwa in der Blickrichtung der Ökonomie: „Allerdings ist das reale Handeln der Menschen für die Geltung des Modells der Ökonomie irrelevant, denn trotz ihrer Annahme rationaler Nutzenmaximierer stehen nicht die Handlungen der Individuen im Vordergrund, sondern die Geld- und Güterströme, die durch den **preisbildenden Mechanismus von Angebot und Nachfrage** bewegt werden.“ (ebd., Herv.i.O.).

Weiterhin könnte der Erfolg dieser Denkkonzepte in ihrer – im wahrsten Sinne des Wortes – *Berechenbarkeit* liegen. Mit Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts strebt die Ökonomie als Wissenschaft nach Wertfreiheit und Objektivität. Ihr Ziel ist „die werturteilsfreie Beschreibung ökonomischer Funktionszusammenhänge“ (Aßländer 2011: 50), vornehmlich mittels mathematischer Methoden. Irrationale und/oder intuitive Motive scheinen dabei

keine Rolle zu spielen und keinen Platz zu haben. Es entsteht der Eindruck, als habe die Ökonomie in dieser Zeit die Ethik wie ein unpassendes Kleidungsstück abgestreift. Damit tritt das Problem des Reduktionismus in diesem Zusammenhang in Erscheinung. Dieser scheint, gerade für die Konstitution von Wissenschaftsdisziplinen²⁷, unter Umständen bedeutend zu sein. Problematisch wird es allerdings dann, wenn eine Wissenschaft, deren Gegenstand derart dynamisch ist wie jener der Ökonomie, die zweifelsohne auch eine Sozialwissenschaft ist, auf der Reduktion beharrt und bestimmte Zusammenhänge menschlichen Handelns ausklammert. Die moderne Ökonomie hat, trotz aller realwirtschaftlicher Krisen, die grundlegende Annahme inne, dass alles Handeln, ob individuell, betriebswirtschaftlich oder volkswirtschaftlich gesehen, letztlich auf Gewinnerzielung gerichtet ist (vgl. ebd.). Zudem ist das „Denken in ökonomischen Kategorien [...] das neue Paradigma der Moderne“ (ebd.: 54). Ulrich bezeichnet diese Denkweise, indem er sich auf Gerhard Weisser bezieht, als *Ökonomismus* (vgl. Ulrich 2001: 127).

Kapitalismus und Soziale Frage

Für den weiteren historischen Verlauf lässt sich sagen, dass es mit der Zuspitzung der Sozialen Frage in Folge der Industrialisierung im 19. Jahrhundert zu einer gewissen Desillusionierung bezüglich der liberalen Wirtschaftsvorstellung kommt (vgl. Mikl-Horke 2008: 23). Wie weiter oben bereits angedeutet, erfolgt nicht der Ausgleich der Einzelinteressen im Gemeinwohl, sondern der Gegensatz von Arm und Reich verschärft sich:

„Statt gleichberechtigter Wirtschaftsbürger, wie es die liberale Idealvorstellung des vollkommenen Marktes impliziert, standen einander jene gegenüber, die nicht nur reich an Vermögen waren, sondern darüber hinaus die Möglichkeiten zu weiterer Reichtumssteigerung in ihren Händen hielten, und auf der anderen Seite jene, die keine Aussicht hatten, aus ihrer durch mühevollen Arbeit und Elend gekennzeichneten Existenz jemals herauszukommen“ (ebd.).

²⁷Ein Paradebeispiel hierfür ist die Biologie, die sich einem so komplexen Gegenstand (immerhin der Gesamtheit allen Lebens) gegenüber sieht, dass Reduktion unabdingbar erscheint. Der Diskurs darüber wird bis heute geführt. Vgl dazu: <http://plato.stanford.edu/entries/reduction-biology/>, verfügbar am 13.04.2012.

Für viele klassische Ökonomen – Miki-Horke verweist hier beispielsweise auf David Ricardo (1772-1823) – stellt die sich zuspitzende Lage allerdings keinen Grund dar, „den liberalen Standpunkt einer Wirtschaftspolitik des Freihandels und des freien Wettbewerbs zu verlassen“ (ebd.). Im Mittelpunkt steht immer noch das Wachsen des Landesreichtums, die schlechte Lage der arbeitenden Menschen stellt eine Art Kollateralschaden dar (vgl. ebd.).

Zunehmend wird aber auch grundlegende Kritik laut. Bekannt ist Karl Marx' (1818-1883) Analyse dieses Systems, in dem sich die über Produktionsmittel verfügenden *Kapitalisten* die Arbeitskraft des *Proletariats* zu nutzen machen (vgl. Marx 1968 [1867]). Folglich etabliert sich der Begriff des *Kapitalismus*. Wichtig ist es hier festzuhalten, dass es Marx nicht um die Darstellung einer Situation oder eines temporären Zustandes geht, sondern um die Beschreibung eines Systems mit seiner ganz eigenen Dynamik (vgl. Miki-Horke 2008: 24). Für die sogenannte Arbeiterklasse ergibt sich eine doppelte Form der *Abhängigkeit* von der Industrie. Zum einen sind die arbeitenden Menschen, um ihre Existenz zu sichern, vom Lohn abhängig, den sie durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft erhalten. Letzere erhält dadurch den *Charakter einer Ware*. Zum anderen müssen sie zur Bedarfsdeckung für den Markt produzierte Industrieerzeugnisse erwerben (vgl. ebd.: 23). Marx erkennt in diesem Zusammenhang die Entfremdung der Arbeiterinnen und Arbeiter von ihrer Arbeit „und letztlich von sich selbst“ (ebd.: 24).

Fasst man dies alles zusammen, steht im Mittelpunkt der sozialen Frage ein *Verteilungsproblem*. Von der reinen Besitz- oder Güterverteilung abstrahiert scheint die soziale Frage auch eine Folge des Grunddilemmas der Moderne zu sein: „Mit der Frage nach sozialer Ungerechtigkeit als einem Ergebnis bürgerlicher Freiheit ist die Einsicht verbunden, dass ein Glück, das sich der ungerechten Verteilung der Ergebnisse der Freiheit verdankt, in allgemeiner Entfremdung zugrunde geht“ (Brumlik 2005: 1578-1579).

Für den Umgang damit gibt es zahlreiche Entwürfe. Neben denen der christlichen Soziallehre und beispielsweise den auf Selbsthilfe aufbauenden

Konzepten der Arbeiterbewegung, kommt besonders der sozialpolitischen Verantwortung seitens des Staates in der Folge eine hohe Bedeutung zu (vgl. ebd.: 25 f.).

Dieser geschichtliche Zeitpunkt ist von höchster Relevanz für das Thema der Arbeit, da die theoretischen wie auch praktischen Ansätze sozialen Wirtschaftens ihren Ursprung in ihm haben. Folglich stehen diese, besonders in deren Entwicklungen in Deutschland, im Hauptfokus der weiteren Ausführungen, wobei die je vorherrschenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zur Kontextualisierung selbstverständlich mit bedacht werden müssen.

2.2.4 Entstehung und Entwicklung theoretischer wie praktischer Entwürfe sozialen Wirtschaftens

Wichtige Grundlage für die folgende Darstellung der Entwicklung der Sozialwirtschaft sind die Ausführungen Wolf Rainer Wendts dazu, der zunächst eine lokale Einordnung vornimmt: „Es handelt sich um eine internationale Entwicklung. Nationale Bedingungen (in Frankreich, England oder Deutschland) spielen eine Rolle, hauptsächlich bestimmte aber das Wechselverhältnis des wirtschaftlichen und sozialen Geschehens in der Moderne insgesamt den Auftritt der Sozialwirtschaft“ (Wendt 2009: 31).

Weiterhin identifiziert Wendt sieben Entwicklungsphasen:

- „1. Stadium der Entwürfe eines sozialen Wirtschaftens (nach 1800)
2. Bildung von Genossenschaften (ab 1820)
3. Sozialpolitische Gestaltung solidarischen Wirtschaftens (ab 1850 bzw. 1890)
4. Die Ausmessung eines eigenen Wirtschaftsbereichs (ab 1970)
5. Auftreten von Sozialunternehmen (seit den 1980er Jahren)
6. Die europäische Positionierung der Sozialdienste (in den letzten Jahren)
7. Weiterungen der Wohlfahrtsproduktion (gegenwärtig und absehbar)“ (ebd.).

Erste sozialwirtschaftliche Konzepte sind demnach Anfang des 19. Jahrhunderts zu finden und in Zusammenhang und Auseinandersetzung mit der damaligen politischen Ökonomie zu sehen (vgl. Wendt/Wöhrle 2007: 29). Die dem vorangehenden theoretischen Entwürfe beinhalten die haushälterische *oikos*-Perspektive auf das Gemeinwesen. Mit dem Aufkommen der liberalen Markttheorie entfernen sich diese Entwürfe somit vom vorherrschenden ökonomischen Denken (vgl. ebd.). Den Stein des Anstoßes für Idee und Praxis sozialen Wirtschaftens stellen, wie bereits angedeutet, die Auswirkungen von Industrialisierung und Kommerzialisierung auf die Lebensbedingungen vieler Menschen dar (vgl. ebd.). Gewissermaßen entsteht Sozialwirtschaft damit aus der Not heraus, was unter anderem dazu führt, dass sie bis heute mitunter ein Imageproblem – das des Feuerlöschers – mit sich trägt. Jeantet beschreibt diese Problematik folgendermaßen:

„Jeder hat es begriffen, die *Economie Sociale* ist eine Tochter der Notwendigkeit. In welchem Sektor auch immer sie aktiv geworden ist, geschieht das mit einer sozialen und gesellschaftlichen Dimension. Deshalb neigen einige dazu, sie als eine Ersatzwirtschaft (*économie substitutive*), eine Ausbesserungswirtschaft (*économie de réparation*) zu klassifizieren“ (Jeantet 2010: 48, Herv.i.O.).

Diese Sichtweise wird auch bei der Einordnung der Sozialwirtschaft seitens Léon Walras (1834-1910), einem bedeutenden Vertreter der neoklassischen Ökonomie und damit Verfechter der Marktgleichgewichtsannahme, deutlich. Er unterscheidet zwischen reiner Ökonomie, angewandter Ökonomie und sozialer Ökonomie, wobei letztere die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zur Aufgabe hat (vgl. Wendt/Wöhrle 2007: 31). Sie agiert also auch hier im Prinzip als Feuerwehr und spielt eine – zwar wichtige aber dennoch begrenzte – Nebenrolle.

Doch zunächst gilt es, einen Schritt zurück zu gehen, denn ursprünglich ist die Idee von Sozialwirtschaft eine viel umfassendere. Sie entsteht nicht als ein ergänzendes Versatzstück des Kapitalismus sondern als der „Entwurf eines Wirtschaftssystems“ (Wendt 2009: 31). Der Begriff Sozialwirtschaft entsteht, wie Wendt darlegt, in Frankreich „auf der Suche nach Konzepten und Praktiken

einer dem sozialen Leben und der menschlichen Gemeinschaft angemessenen Wirtschaftsweise“ (ebd.: 31f.) und taucht namentlich als *économie sociale* erstmals 1830 in einer Schrift des liberalen Charles Dunoyer (1786-1862) auf (vgl. Wendt/Wöhrle 2007: 29). In der Folgezeit, etwa 1851, greift Auguste Ott den Begriff auf und verweist unter anderem auf die Notwendigkeit einer moralischen Zwecksetzung und der Verpflichtung zum Gerechtigkeitsprinzip in der Güterproduktion (ebd.: 30). Praktische Versuche sozialen Wirtschaftens, auch wenn sie sich noch nicht mit diesem Begriff kleiden, sind schon seit Ende des 18. Jahrhunderts zu finden und werden unter anderem den sogenannten „Frühsozialisten“ (Notz 2011: 33) oder auch „utopischen Sozialisten“ (Gubitzer 1989: 26) zugeschrieben. Wichtige Akteure sind dabei in Frankreich Claude Henri de Saint-Simon (1760-1825) und Charles Fourier (1772-1837), sowie später Louis Blanc (1811-1882) und Pierre-Joseph Proudhon (1809-1865) und in England Robert Owen (1771-1858) (vgl. Wendt/Wöhrle 2007: 30). Besonders Owens kooperative Projekte auf Grundlage von Selbstverwaltung im Vereinigten Königreich und der USA bilden ideelle Fundamente für die folgende Entwicklung des Genossenschaftswesens und der *Économie Sociale* insgesamt (vgl. Wendt 2009: 32; Jeantet 2010: 44). Owens Versuche, wenn sie auch realwirtschaftlich scheiterten, sind ein wunderbares Beispiel für den ganzheitlichen Aspekt frühen sozialen Wirtschaftens, denn sie begründen sich letztlich in dem Anspruch, „über gemeinschaftliches Leben und Arbeiten die Gesellschaft insgesamt zu reformieren“ (Wendt 2009: 32). Sie fußen auf der Verbindung moderner technischer Errungenschaften mit umfangreichen Sozialreformen (vgl. Notz 2011: 36f.). Luise Gubitzer unterstützt die Annahme des Ganzheitlichkeitsanspruchs der Frühsozialisten und beschreibt „zentrale Basisinstitutionen“ (Gubitzer 1989: 26) die dabei eine Rolle spielen. So erfolgt die Beschäftigung mit „dem durch Moral und Religion geprägten Menschenbild, der Eigentums- und Rechtsordnung, dem Erziehungs- und Ausbildungssystem, der Arbeitsorganisation, dem Handel, der Konkurrenz, der Fortschrittsidee und der Rolle des Staates“ (ebd.). Anders als das Phalanxkonzept Fouriers, welches mitunter den stark utopischen Charakter einer einsamen Insel fernab der herrschenden Verhältnisse besitzt, sind Owens Projekte eher kleine Inseln, die sich – absichtlich – *inmitten des vorherrschenden Systems* befinden (vgl.

ebd.). Das Charakteristikum des *Systems im System* teilen sie mit zahlreichen alternativwirtschaftlichen Projekten bis heute. Auf die sich daraus ergebende Konfliktsituation wird im nächsten Kapitel weiter eingegangen.

Wendt beschreibt weiterhin, dass neben den Ideen und Versuchen der Frühsozialisten, „Entwürfe eines den Menschen angemessenen Wirtschaftens“ (Wendt 2009: 32) zur gleichen Zeit auch von christlich-konservativer Seite her entwickelt werden. Sowohl der schottische Gemeindepfarrer Thomas Chalmers (1780-1847), als auch der französische Vicomte Alban de Villeneuve-Bargemont (1784-1850) orientieren sich dabei an dem Ideal eines Gemeindelebens nach dörflichen Verhältnissen, was sich unter anderem in der Forderung nach der Errichtung landwirtschaftlicher Kolonien für die verarmte Bevölkerung und der Förderung des Ackerbaus äußerte (vgl. ebd.: 33). Neben den philanthropen Motiven spielt von christlich-konservativer Seite aus auch die Angst vor der „Erhebung der Proletarier und [...] [der] Zerstörung der christlichen Kultur“ (ebd.) eine Rolle. Die Entwürfe humanen Wirtschaftens sollen dies abwenden, beziehungsweise verhindern²⁸.

Einflussreich ist auch der Ansatz Frédéric Le Plays (1806-1882), der die Familie als „molekulare Grundstruktur der Gesellschaft“ (ebd.: 35) sieht und folglich für „eine dem Unterhalt der Arbeiterschaft und ihrer Familien dienliche Sozialwirtschaft“ (Wendt/Wöhrle 2007: 31) eintritt. Le Play gilt weiterhin „als einer der Wegbereiter der Sozialzyklika *Rerum novarum*, in welcher Papst Leo XIII. im Jahre 1891 die katholische Soziallehre formuliert[...]“ (Wendt 2009: 36). In diesem Zusammenhang ist auch die Bewegung des Solidarismus²⁹ zu sehen, welche auf eine soziale Gestaltung des Wirtschaftslebens zielt und mit den Ansätzen des französischen Ökonomen Charles Gide (1847-1931) und des deutschen Jesuiten Heinrich Pesch (1854-1926) in Verbindung gebracht wird (vgl. ebd.: 36f.).

²⁸Aus ähnlicher Motivation heraus, vornehmlich aber um die Stabilität des Staates zu gewährleisten, erfolgt auch die Einführung der Sozialversicherungen durch Bismarck ab Ende des 19. Jahrhunderts (vgl. Mikl-Horke 2008: 26).

²⁹Vgl. hierzu unter anderem Brumlik 2005: 1579; Mikl-Horke 2008: 25; Wendt/Wöhrle 2007: 31f..

Betrachtet man diese Entwicklung, wird die Notwendigkeit der Zusammensetzung der Begriffe *sozial* und *Ökonomie* zunehmend deutlich. Sie lässt sich – stark vereinfacht – folgendermaßen nachzeichnen:

Die theoretische wie praktische Ökonomie der Moderne erfährt eine zunehmende *Entmenschlichung*, indem sie sich unter anderem auf immer abstraktere Inhalte und Modelle bezieht, Arbeit und Produktion sich von den arbeitenden Menschen selbst entfernt haben. Mit anderen Worten: Das Soziale wurde und wird durch das Abstrakte ersetzt.

Demgegenüber steht der Versuch einer Humanisierung des wirtschaftlichen Denkens und Handelns, bei dem nicht rein nutzenmaximierende und konkurrierende Individuen, sondern Menschen als auf Gemeinschaft angewiesene – **soziale** – Lebewesen im Mittelpunkt stehen. Die antike Frage nach dem *guten Leben* kommt wieder auf und verbindet sich mit Gerechtigkeits-, Gleichheits- und Gemeinwohlaspekten.

Natürlich muss an dieser Stelle die bereits mehrfach erwähnte Notwendigkeit einer Reaktion auf die prekäre Lage vieler Menschen in Folge von Industrialisierung und Hochkapitalismus berücksichtigt werden. So bedarf es, ganz praktisch gesprochen, der Hilfe. Für den Gegenstand der Arbeit ist dabei eine Form der Hilfe, die sich unter anderem in einer bis heute bestehenden Organisationsform etabliert hat, von besonderem Interesse: die gemeinschaftliche, wirtschaftliche Selbsthilfe.

Entstehung von Genossenschaften

Da die Genossenschaft von Anfang an eine der bedeutendsten Organisationsformen im Bereich des sozialen Wirtschaftens darstellt, erscheint es sinnvoll, auf ihre Entwicklung genauer einzugehen.

Der Genossenschaftsgedanke und genossenschaftliche Strukturen, besonders im landwirtschaftlichen Bereich und später im Handwerk, lassen sich bis in die

Antike zurückverfolgen³⁰. Grundlegende Motivation für jedwede Zusammenschlüsse scheinen dabei die Vorteile zu sein, die sich aus *Kooperation* für den einzelnen Menschen, wie für Gruppen insgesamt ergeben. Für die Entwicklung der modernen Genossenschaftsbewegung ist dabei zunächst besonders die finanzielle Absicherung der Arbeitenden das Ziel, welches über gemeinschaftliches Handeln erreicht werden soll. Beispielhaft dafür stehen seit der beginnenden Industrialisierung die englischen „*friendly societies*, in denen Handwerker und Lohnarbeiter für den Notfall Rücklagen bildeten“ (ebd.: 33, Herv.i.O.). Wie bereits angedeutet sind es schließlich die kooperativen Ansätze Owens, welche die Grundlage für die Schaffung der ersten Konsumgenossenschaft mit durchschlagendem Erfolg 1844 im englischen Rochdale liefern (vgl. ebd.: 34). Die *Rochdale Equitable Pioneers Society* zählt dabei neben der Stimmgleichheit der Mitglieder auch ein begrenztes Gewinninteresse zu ihren Grundsätzen (vgl. ebd.). Insgesamt gesehen ist die beginnende Geschichte der Genossenschaftsbewegung auf verschiedene Weise eng mit jener der Arbeiterbewegung verwoben, auch wenn Initiativen zu Genossenschaftsgründungen in Deutschland zum Teil eher von mittelständischer Seite ausgehen³¹. In der Folgezeit kommt es europaweit zu Genossenschaftsgründungen. Bekanntermaßen sind es in Deutschland dabei zwei Akteure, die 1847 parallel die ersten Genossenschaften gründen: Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818-1888) im landwirtschaftlichen Bereich und Hermann Schulze-Delitzsch (1808-1883) im Bereich des Handwerks mit der Gründung der ersten Schuhmachergenossenschaft (vgl. ebd.; Higl 2008: 1). Diese Hilfsvereine, die besonders die finanzielle Lage in den beiden genannten

³⁰Die detaillierte Erörterung dieser Entwicklung würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, darum sei an dieser Stelle auf die Veröffentlichungen von Helmut Faust verwiesen, der als Vorreiter auf diesem Gebiet gilt (vgl. u.a. Faust 1977). Eine umfangreiche Darstellung der Entwicklung des Genossenschaftsgedankens seit dem Mittelalter liegt außerdem in Form einer Publikation des Historischen Vereins bayrischer Genossenschaften vor (vgl. Historischer Verein Bayerischer Genossenschaften 2000).

³¹Vgl. bezüglich des Zusammenhangs von Genossenschaftsbewegung und Arbeiterbewegung insbesondere Novy/Prinz 1998: 11ff.

Bereichen³² verbessern sollen, bilden die Grundlage für die Entwicklung von Kreditgenossenschaften.

Genossenschaftsformen

Da bis jetzt bereits einige Typen von Genossenschaften genannt worden sind, scheint an dieser Stelle ein Überblick über jene angebracht, die sich zum größten Teil bereits im Verlauf des 19. Jahrhunderts herausbilden. Hierbei gibt es unterschiedliche Möglichkeiten der Kategorisierung. Higl unterscheidet dabei nach Leistungsarten zwischen Förderungsgenossenschaft und Produktivgenossenschaft:

„Bei einer *Förderungsgenossenschaft* besteht eine Marktseite aus den Mitgliedern der Genossenschaft, die andere aus dem Genossenschaftsbetrieb. In Abhängigkeit von der konkreten Geschäftsbeziehung unterscheidet man drei Arten:

- Agiert das Mitglied als Nachfrager (Kunde), handelt es sich um eine *Beschaffungsgenossenschaft*. Als Beispiele sind Bezugsgenossenschaften der Handwerker und der Landwirte, Einkaufsgenossenschaften des Handels, Verkehrsgenossenschaften und Konsumgenossenschaften zu nennen.
- Ist das Mitglied Lieferant eines Gutes, spricht man von einer *Absatzgenossenschaft*. Hier sind landwirtschaftliche Absatz- und Produktionsgenossenschaften wie Molkereien, Käsereien und Weinkellereien als Beispiele anzuführen.
- Eine dritte wichtige Form stellen die *Kreditgenossenschaften* dar. Beispiele dafür sind vor allem die Volks- und Raiffeisenbanken.

Bei einer *Produktivgenossenschaft* sind die Eigner gleichzeitig die Mitarbeiter des Unternehmens“ (ebd.: 9–10, Herv.i.O.).

³²In Deutschland ist die Entstehung von Genossenschaften, neben den europaweiten Folgen der industriellen Revolution, des Übergangs von der Agrargesellschaft in die Industriegesellschaft, auch speziell auf die negativen Auswirkungen der Bauernbefreiung und der Gewerbefreiheit zurückzuführen. Beide Reformen bringen die betreffenden Berufsstände in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Hinzu kommen Missernten und Hungersnöte in den Jahren 1846/1847 Vgl. dazu <http://www.dgrv.de/de/genossenschaftswesen/historiegenossenschaft.html>, verfügbar am 07.05.2012.

Einen weiteren Ansatz liefern Zerche *et al.*, die bezugnehmend auf Engelhardt eine Kategorisierung der Genossenschaften anhand der Typologie ihrer Widmungsanhalte nach der jeweiligen Zweckbestimmung vornehmen. Unterscheiden lassen sich demnach:

- „**Gemeinwirtschaftliche** bzw. **gemeinnützige Genossenschaften** (=freie Gemeinwirtschaften), deren Förderung von Mitgliedern und gegebenenfalls von Dritten als im Interesse der Allgemeinheit liegend angesehen wird. Innerhalb der Wohnungswirtschaft sind sie (noch) stark verbreitet. [...]
- **Förderungsgenossenschaften**, die ausschließlich ihren Förderverpflichtungen gegenüber ihren Mitgliedern [...] nachkommen;
- **Gruppenwirtschaftliche Genossenschaften**, die – verankert in ihrer Satzung – neben individuellen Mitgliederinteressen auch die Ausrichtung auf Ziele einer Gruppe, Klasse oder eines Standes verfolgen [...]
- **Stiftungswirtschaftliche Genossenschaften**, die betont fremdem Wohl gewidmet sind
- **Erwerbswirtschaftliche Genossenschaften**, die als transformierte Genossenschaften anzusehen sind, da aufgrund sehr ausgeprägter wirtschaftlicher Eigeninteressen der Leiter und Mitglieder [...] das Nichtmitgliedergeschäft stark zugenommen hat. [...]
- Auch **verwaltungswirtschaftliche Genossenschaften** sind als transformierte Genossenschaften anzusehen. Sie entsprechen den Zwangsgenossenschaften und sind als Instrumente der staatlichen (zentralverwalteten) Wirtschaftspolitik zu betrachten“ (Zerche *et al.* 1998: 78–79, Herv.i.O.).

Die Autoren weisen hierbei darauf hin, dass es sich bei den real existierenden Genossenschaften zumeist um Mischformen handelt, die größtenteils „immer zugleich den persönlichen und individuellen Interessen der Träger, den Interessen einer (homogenen) Gruppe und den Interessen der Gesamtheit“ (ebd.: 79) dienen. In dieser Kategorisierung wird weiterhin der Vorgang der Transformation von Genossenschaften angesprochen, welcher ein möglicher Indikator für ein Konfliktfeld ist, in dem diese sich bewegen. Franz Oppenheimer (1864-1943) hat bereits 1896 Transformationsprozesse bei Produktivgenossenschaften³³ empirisch untersucht, deren Aufgabenverlagerung meist in Zusammenhang mit dem Wettbewerbsdruck auf dem Markt steht (vgl. Notz 2011: 63 ff). Loesch fügt dem hinzu, dass

³³Zur besonderen Problematik der Produktivgenossenschaften vgl. auch Novy/Prinz 1985: 17, sowie Flieger 1984.

Transformationen nicht *per se* dem Genossenschaftsgedanken widersprechen und Formen von Aufgabenverlagerung bei allen Unternehmen möglich seien (vgl. Loesch 1988: 16).

Genossenschaftsprinzipien

Der Erfolg und das Wachsen des Genossenschaftswesens führen 1895 zur Gründung des Internationalen Genossenschaftsbundes (ICA)³⁴, in dem sieben allgemeine Prinzipien für Genossenschaften formuliert werden, welche im Wesentlichen auf den Prinzipien der oben erwähnten Rochdaler Genossenschaft beruhen und deshalb bisweilen auch als *Rochdale-Prinzipien* bezeichnet werden (vgl. Higl 2008: 6). Im Einzelnen setzen sie sich aus folgenden Elementen zusammen:

- „Freiwillige und offene Mitgliedschaft,
- Demokratische Mitgliederkontrolle,
- Teilnahme der Mitglieder am wirtschaftlichen Erfolg ihrer Genossenschaft,
- Selbstverwaltung und Unabhängigkeit
- Erziehung und Ausbildung der Mitglieder sowie Information der Öffentlichkeit,
- Zusammenarbeit der verschiedenen Genossenschaften und
- Verantwortung für die sie umgebende Gesellschaft“ (Zerche *et al.* 1998: 15 f.).

In den Prinzipien der Selbstverwaltung und Unabhängigkeit, wie auch in dem Prinzip der Mitgliederförderung findet sich in gewisser Weise die Wiederbelebung des oben dargestellten *autarkia*-Ideals der griechischen Antike, wobei die Genossenschaft dabei auch insgesamt als *oikos* gesehen

³⁴Die ICA oder ‚International Co-operative Alliance‘ ist bis heute weltweit als unterstützendes und vernetzendes Organ tätig. Eine umfassende Präsentation ihrer Mitglieder und Tätigkeiten findet sich unter: <http://www.ica.coop/al-ica/>, verfügbar am 01.05.2012.

werden kann. Neben dem *Förderprinzip*, dem *Identitätsprinzip*³⁵ und dem *Demokratieprinzip*, die von eher formalem Charakter sind, weisen einige Autoren darauf hin, dass zur vollständigen Erfassung des Wesens von Genossenschaften zudem das *Solidarprinzip* benötigt wird (vgl. ebd.: 14 f.). Solidarität ist einer der großen Begriffe des 19. Jahrhunderts, der gerade für die damals aufkommende Wissenschaftsdisziplin der Soziologie eine wichtige Rolle in Bezug auf die Frage nach den Bedingungen für den Zusammenhalt innerhalb von Gesellschaften spielt (vgl. dazu insbesondere Bayertz 1998; Brumlik 2005; Dallinger 2009; Durkheim 1992; Hondrich/Koch-Arzberger 1992). Auf die Genossenschaft bezogen wird Solidarität beispielsweise als „notwendiges Element zur Entwicklung einer genossenschaftlichen Organisationskultur bzw. zur Herausbildung einer Gruppenidentität thematisiert“ (Zerche *et al.*: 15).

Deutlich wird anhand der genossenschaftlichen Prinzipien der ICA weiterhin, dass neben „**der wirtschaftlichen Förderung auch die Verbesserung der sozialen Verhältnisse der Mitglieder**“ (ebd.: 16, Herv.i.O.) beabsichtigt wird, worin sich wiederum auch die Fortsetzung des Owen'schen Gedankenguts offenbart. Das Genossenschaftswesen in Deutschland entwickelt sich diesbezüglich zum Teil zunächst etwas anders, inhaltlich findet eine Verschiebung der Prioritäten zu Gunsten des Erwerbszwecks statt. Wendt fasst zusammen:

„Während noch Raiffeisen für genossenschaftliche ‚Hilfs- und Wohltätigkeitsvereine‘ eintrat, setzte Schulze-Delitzsch auf unternehmerisch tätige Genossenschaften zum Eigennutz ihrer Mitglieder. Auf seine Initiative hin wurde 1889 im ‚Gesetz, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften‘ den Genossenschaften unter dem Gesichtspunkt der ‚Förderung des Erwerbs und der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlicher Geschäftsbetriebe‘ die Gewinnerzielung als Zweck zugeschrieben“ (Wendt 2009: 34–35).

³⁵Hinsichtlich des Identitätsprinzips (Für Konsumgenossenschaften: Mitglied=Kunde=Eigentümer), welches sich im Grunde auch aus dem Förderprinzip ergibt, stellen Zerche *et al.* fest, dass es weniger streng gehandhabt werde als die anderen Prinzipien, da Nichtmitgliedergeschäfte einerseits wichtig für die Wirtschaftlichkeit der Genossenschaft sein können und andererseits so potentielle neue Mitglieder mit der Genossenschaft vertraut gemacht werden können (vgl. Zerche *et al.* 1998: 12).

Dies hat insbesondere eine juristische Dimension inne, da Sozialgenossenschaften damit zunächst von der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft (eG) ausgeschlossen werden³⁶. In Frankreich beispielsweise bleibt im Gegensatz dazu der Genossenschaftsgedanke „dem sozialen Zweck verhaftet“ (Wendt/Wöhrle 2007: 31). An dieser Stelle zeigt sich bereits sehr deutlich ein Aspekt, der den Bereich des sozialen Wirtschaftens bis heute so überaus schwer in seiner Gesamtheit erfassbar macht: Die *Pluralität* der einzelnen Ansätze. Wobei nicht allein nationale Unterschiede erkannt werden können, sondern auch, wie etwa das Beispiel von Schulze-Delitzsch und Raiffeisen³⁷ zeigt, innerhalb eines Gesellschaftszusammenhanges, selbst innerhalb einer Bewegung, eine enorme Ausdifferenzierung zu sehen ist. Notz stellt die Bandbreite der deutschen genossenschaftlichen Ansätze des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts wie folgt dar:

„Sie reichen in Deutschland von den christlich-konservativen Ideen über liberal-soziale Programme, den Konzepten für Siedlungsgenossenschaften bei Oppenheimer bis zu den libertär-anarchistischen Vorstellungen. Auch innerhalb der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sind Genossenschaften durchaus kein monolithischer Block“ (Notz 2011: 54).

Wesentlich für die Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesens und bis heute maßgebend sind die Prinzipien von *Selbsthilfe*, *Selbstverwaltung* und *Selbstverantwortung*, deren normative Untermauerung sich aus dem oben erwähnten Genossenschaftsgesetz (GenG) von 1889 ergibt (vgl. Zerche *et al.* 1998: 10). Diese Aspekte charakterisieren die Genossenschaft in Deutschland

³⁶Grundlegend geändert hat sich dies erst mit der Novellierung des Genossenschaftsgesetzes von 2006, wobei der Förderzweck eine Erweiterung, auch auf soziale und kulturelle Belange erfuhr (vgl. Wendt 2009: 35).

³⁷Raiffeisens zunächst stark vom Fürsorge- und Wohltätigkeitsgedanken getragene Initiativen werden in ihrem Charakter meist auf die zutiefst christliche Grundhaltung und Verwurzelung in der protestantischen Frömmigkeit des Genossenschaftsgründers zurückgeführt (vgl. Klein 2000: 172 f.). Von großer Bedeutung sei, wie Michael Klein darstellt, dabei „das Gebot der Barmherzigkeit mit den Geringsten“ (ebd.). Zerche *et al.* konstatieren, dass es „in Folge der Auseinandersetzung mit den Schriften von *Schulze-Delitzsch* zu der Funktionsweise von Genossenschaften sowie eigener Erfahrung mit der nicht immer günstigen Entwicklung der Wohltätigkeitsvereine“ (Zerche *et al.* 1998: 15, Herv.i.O.) auch bei Raiffeisen zu einer stärkeren Hervorhebung des Selbsthilfegedankens kommt.

als Rechtsform. Zerche *et al.* weisen darauf hin, dass sich die Genossenschaft als Wirtschaftsform, wie auch oben dargestellt, schon zuvor ohne Organisationsgesetz entwickelt hat und das Genossenschaftsgesetz somit die „Folge schon geschaffener Tatbestände“ (ebd.: 14) darstellt³⁸. Zudem erlaubt die Betrachtung beider Eigenschaften auch die Einordnung von Unternehmungen, die keine eG darstellen in den Genossenschaftssektor, sofern diese nach genossenschaftlichen Prinzipien handeln (vgl. ebd.).

Um die Jahrhundertwende entfaltet sich der Genossenschaftsbereich in Deutschland geradezu zu einer Massenbewegung. Der konsumgenossenschaftlichen Bewegung³⁹ etwa werden zu diesem Zeitpunkt über eine Million Mitglieder zugerechnet (vgl. Novy/Prinz 1985: 11). Novy und Prinz arbeiten heraus, dass „der massenhafte Rückgriff auf Formen gemeinschaftlicher Selbstversorgung [...] schub- oder wellenartig“ (ebd.: 12) verläuft, die direkte Verknüpfung von wirtschaftlichen Krisenbewegungen und der Entstehung wirtschaftlicher Selbsthilfe sei aber zu kurz gedacht. Als mögliche Bedingungen für Letztere nennen sie Situationen, in denen „andere Formen der Reproduktionssicherung ausgefallen, nicht vorhanden oder weniger attraktiv sind; wenn beispielsweise privatwirtschaftliche Marktangebote zu teuer oder schlecht sind, wenn die karitativen oder staatlich-fürsorgerischen Hilfen unter demütigenden Bedingungen gewährt werden“ (ebd.).

Dieser Punkt ist insofern auch interessant, als sich damit eine mögliche Kette zur Entstehung wirtschaftlicher Selbsthilfe knüpfen lässt, die in gewisser Hinsicht auch auf heutige Verhältnisse übertragbar scheint:

Die liberale und neoklassische Forderung danach, Märkte sich vollständig selbst zu überlassen, ist weder seitens der modernen Gesellschaft noch des modernen Staates zu billigen. Da selbst wenn sich irgendwann ein

³⁸Zur weiteren Darstellung der Genossenschaft in ihrer Eigenschaft als Rechts- und als Wirtschaftsform vgl. ebd.: 9-29.

³⁹Für eine detaillierte Darstellung der Entwicklung der Konsumgenossenschaften, die um die Jahrhundertwende eine spezielle Rolle innerhalb des Genossenschaftswesens einnehmen (unter anderem wachsende Nähe zu Arbeiterbewegung und Gewerkschaften; Bruch mit dem allgemeinen Genossenschaftsverband nach langen Konflikten 1903) vgl. insbesondere Novy/Prinz 1985: 18ff.

zufriedenstellendes Gleichgewicht einstellen sollte, der (neo-) liberalistische Weg zahlreiche Kollateralschäden erzeugen würde. Um dies zu verhindern, wird beispielsweise seitens des Staates sozialpolitisch eingegriffen. Dieser Eingriff ist für die hilfeempfangenden Individuen oder Organisationen aber immer auch mit einem gewissen Maß an Abhängigkeit, dem Verlust von Selbstbestimmung und somit der Einschränkung von Lebensqualität und Handlungsfreiheit bestimmt. Es entsteht also ein Dilemma der Hilfsbedürftigkeit. Eine Möglichkeit, um diesem zu entkommen, beziehungsweise gar nicht erst hinein zu gelangen, stellt die gemeinschaftliche wirtschaftliche Selbstversorgung dar, die auch Autonomie und Selbstbestimmung gewährleisten soll. Doch an dieser Stelle wird auch ein potentieller Widerspruch deutlich, der zwischen Kooperation und Autonomie⁴⁰.

Gemeinwirtschaft und Genossenschaften

Innerhalb der sich ausdifferenzierenden Genossenschaftsbewegung spielt die Frage, inwiefern sich bedingungslose Selbsthilfe realisieren lässt, eine bedeutende Rolle. Immerhin ist schon grundsätzlich fraglich, ob, wie im Falle der frühen Genossenschaften von Raiffeisen und Schulze-Delitzsch, die ja vom Prinzip her in ihrem Gründungsmoment *von oben* entstehen (weder war Raiffeisen Kleinbauer noch Schulze-Delitzsch Handwerker) und damit eher der *Hilfe zur Selbsthilfe* zuzuordnen wären, von Selbsthilfe im ursprünglichsten Sinne gesprochen werden kann. Eng damit verbunden ist auch die Frage, wie stark das Ideal der Unabhängigkeit verfolgt werden sollte, beziehungsweise inwiefern dies umzusetzen ist. Hier zeigen sich bereits zu Beginn der Genossenschaftsbewegung sehr unterschiedliche Positionen. Schulze-Delitzsch beispielsweise setzt sich vehement für reine Selbsthilfe ein, während demgegenüber Ferdinand Lasalle (1825-1864) Staatshilfe für Produktivgenossenschaften fordert (vgl. ebd.: 36; Notz 2011: 54).

Die Frage danach, wie stark der Staat sozialpolitisch in der Verantwortung sei, ist dabei eine der wesentlichen dieser Zeit (vgl. Mikl-Horke 2008: 26).

⁴⁰ Vgl. dazu auch Zerche et.al. 1998: 89.

Besonders von gewerkschaftlicher Seite her bildet sich der Ansatz der *Gemeinwirtschaft* heraus, der Sozialpolitik als Hauptaufgabe des Staates sieht, der die Wirtschaftspolitik dienlich sein soll (vgl. ebd.). „Wirtschaft war in diesem Verständnis entsprechend der Tradition der *oikonomia* nicht primär durch den Markt bestimmt, sondern durch die Führung des Staatshaushalts im Interesse des Gemeinwohls“ (ebd., Herv.i.O.). Loesch weist auf ein Verständnisproblem hin, das sich aus der vielfältigen Verwendung des Gemeinwirtschaftsbegriffs in der Geschichte ergibt (vgl. Loesch 1988: 7). Nachdem er feststellt, dass sich der Begriff der Gemeinwirtschaft aus seinem außerökonomischen Ziel, dem Gemeinwohl, heraus bestimmt, stellt er drei Ebenen dar, auf denen der Begriff benutzt wird:

„Mit ihm bezeichnete man zeitweilig ein ganzes Wirtschaftssystem, eine alles umfassende Gemeinwirtschaft, eine Zentralverwaltungswirtschaft – der makroökonomische Begriff der Gemeinwirtschaft. Man nannte gemeinwirtschaftlich auch eine stützende oder ergänzende Teilwirtschaft in Gestalt einer Infrastruktur, aber auch in Gestalt sozialistischer Oasen im Kapitalismus, der mesoökonomische Begriff. Heute verwenden wir den Begriff Gemeinwirtschaft jedoch nur noch als Bezeichnung für Einzelunternehmen, die mit einer am Allgemeinwohl orientierten Zielsetzung zumeist neben bzw. zusammen mit privaten Unternehmen in einer Marktwirtschaft tätig sind – der mikroökonomische Begriff“ (ebd.).

Für den Zeitraum des frühen 20. Jahrhunderts spielen nach dieser Einordnung die makro- und mesoökonomischen Bedeutungen des Begriffs eine entscheidende Rolle. In der Blütezeit gemeinwirtschaftlicher Unternehmen vor dem Bruch 1933 sind es Genossenschaften, die einen besonderen Schwerpunkt in der gemeinwirtschaftlichen Praxis ausmachen (vgl. Zerche *et al.* 1998: 16f.). Allerdings gilt es hier zu differenzieren, denn wie aus der Kategorisierung der Genossenschaftstypen deutlich wird, gibt es durchaus Unterschiede in der Ausrichtung hinsichtlich des Gemeinwohls. Ein Konsens scheint bei vielen Autorinnen und Autoren darüber zu herrschen, dass die der Arbeiterbewegung nahestehenden Konsumgenossenschaften und Wohnungsgenossenschaften der Gemeinwirtschaft zuzurechnen sind (vgl. ebd.; Loesch 1988: 15; Novy/Prinz 1985: 13). Dies liegt vor allem in der Verallgemeinerungsfähigkeit dieser Genossenschaftsformen begründet, die „ihr

Wirken nicht strukturell nur auf eine Teilgruppe beschränkten“ (ebd.). Damit unterscheiden sie sich von den Mittelstandsgenossenschaften, die Novy und Prinz als „kollektiv-privatwirtschaftliche Gebilde“ (ebd.) charakterisieren, die, wie auch die Produktivgenossenschaften, „interessenslogisch zur 'Schließung' neigen“ (ebd.) würden. Letztlich unterscheiden sich die gewerkschaftsnahen Genossenschaften „auch darin von ihren mittelständischen Verwandten, daß sie sich als Teil der umfassenden Emanzipationsbemühungen“ (ebd.) verstehen.

Wie bereits angedeutet, kommt es mit der nationalsozialistischen Machtübernahme und der damit einhergehenden Gleichschaltung⁴¹ und damit Übernahme und Zusammenfassung in Großorganisationen, zu einem erheblichen Bruch für die gemeinwirtschaftliche und genossenschaftliche Praxis (vgl. Zerche *et al.* 1998: 17).

Die Entwicklung sozialen Wirtschaftens nach dem zweiten Weltkrieg

Die weitere Betrachtung bezieht sich vornehmlich auf die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, da sie auch für die wirtschaftliche Ordnung im wiedervereinigten Deutschland maßgebend ist⁴². Zunächst bedarf es einer gesamtwirtschaftlichen Kontextualisierung, die in diesem Rahmen kurz dargestellt sei. So kommt es in den USA, wie auch in großen Teilen Europas nach dem zweiten Weltkrieg zum Ausbau von Modellen wohlfahrtsstaatlicher Wirtschaftspolitik, welche durch den Keynesianismus beeinflusst sind, der wiederum auf den Ansätzen des britischen Ökonomen John Maynard Keynes (1883-1946) beruht und die Verbindung von Staatseingriffen und marktwirtschaftlichen Prinzipien vorsieht (vgl. Mikl-Horke 2008: 27 ff). In der Bundesrepublik kommt es zu einer spezifischen „Verbindung von Liberalismus und Gemeinwohlorientierung“ (ebd.: 30). Auf der Grundlage des Ordoliberalismus, welcher eine Marktwirtschaft mit institutioneller

⁴¹Für eine ausführliche Darstellung dieses Vorgangs vgl. unter anderem Novy/Prinz 1985: 202-230.

⁴²Zudem handelt es sich bei den meisten Genossenschaften der ehemaligen DDR um Zwangsgenossenschaften (vgl. Novy 1984: 10), die nicht der Konzeption sozialen Wirtschaftens entsprechen, wie sie in diesem Rahmen betrachtet werden soll.

Rahmenordnung vorsieht, entsteht die sogenannte Soziale Marktwirtschaft (vgl. ebd.). Mit der Entwicklung der Konsumgesellschaft zusammengenommen bezeichnet Mikl-Horke diesen Prozess insgesamt als „**Transformation des Kapitalismus** zu einer Kombination aus Wohlfahrtsstaat und Massenkonsumgesellschaft“ (ebd.: 31, Herv.i.O.). Diese „organisierten Formen des Kapitalismus“ (ebd.: 33) stehen demnach gemeinsam mit den konträren sozialistischen Planwirtschaften sinnbildlich für die „lange Phase der Regulierung des Marktes“ (ebd.) im 20. Jahrhundert.

Wobei allerdings fraglich ist, ob es sich dabei um eine abgeschlossene Phase handelt, oder ob es sich nicht vielmehr um eine Art Dauerprojekt handelt. Der organisierte und staatlich regulierte Kapitalismus wird beispielsweise bei Jürgen Habermas und Claus Offe als Spätkapitalismus verstanden, welcher durch Verflechtungen zwischen ökonomischen und politischen Bereichen gekennzeichnet ist (vgl. Treibel 2006: 162). Weitergeführt fasst Annette Treibel zusammen: „Unter **Spätkapitalismus** versteht man also eine Stufe hoher ökonomischer Konzentration mit weitreichender, aber bloß *regulierender* Intervention des Staatsapparates. ‚Bloß regulierend‘ deshalb, weil der Staat nur ein funktionales, aber kein grundsätzliches Interesse daran hat, im Sinne seiner Bürger zu handeln“ (ebd., Herv.i.O.). Diesem System immanent seien latente Konflikte aufgrund unvereinbarer Ansprüche konträrer Individuen und Gruppen, die sich unter den entsprechenden Umständen zu Krisen ausweiten können (vgl. ebd. 162 f.).

In Bezug auf die weitere Entwicklung der gewerkschaftlichen Ansätze von gewerkschaftlicher Seite in der Bundesrepublik ist festzustellen, dass diese im Laufe der 1980er Jahre einen erneuten und endgültigen Niedergang erleiden (vgl. Münkner 2000: 38; Zerche *et al.* 1998: 17). Neben dem Untergang im wirtschaftlichen Wettbewerb führt auch „kriminelles Fehlverhalten“ (ebd.: 17) zu diesem Scheitern⁴³. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) beschließt 1990

⁴³Besonders der Bereicherungsskandal um das Wohnungsbauunternehmen *Neue Heimat* wird in diesem Kontext angeführt (vgl. Zerche *et al.* 1998: 17). Welches aus heutiger Sicht ohnehin fragwürdig erscheint, schon aufgrund der Tatsache, dass es den Namen und die Organisationsstruktur aus der Zeit des Nationalsozialismus weiterführt.

dann, dass sich Gewerkschaften „künftig nicht mehr an gemeinwirtschaftlichen Unternehmen beteiligen werden“ (Münkner 2000: 38). In jüngerer Zeit erscheinen die ursprünglichen gemeinwirtschaftlichen Ideale partiell in der sogenannten *Gemeinwohl-Ökonomie* (vgl. Felber 2012) wieder, auf die später noch eingegangen wird.

Eine Wiederbelebung der urgenossenschaftlichen Idee sehen Zerche *et al.* in den Projekten der sogenannten *Alternativwirtschaft* oder alternativen Ökonomie, welche in der Bundesrepublik Deutschland etwa ab den 1970er Jahren aufkommen und im Zusammenhang mit der Studierenden, Ökologie- und Frauenbewegung stehen (vgl. Notz 2011: 78; Zerche *et al.* 1998: 17). In gewisser Hinsicht knüpfen diese Projekte an die Sozialexperimente Robert Owens an, handelt es sich doch um die „modellhafte Umsetzung neuer Arbeits- und Lebensformen, beispielhaft für soziale, wirtschaftliche sowie kulturelle Aufklärung und Emanzipation“ (ebd.: 18). Jacobs stellt die Projekte der alternativen Ökonomie der „formalen Ökonomie“ (Jacobs 1986: 2) – der vorherrschenden Theorie und Praxis des Wirtschaftens – gegenüber und bezeichnet das Verhältnis der alternativen zur formalen Ökonomie folgendermaßen: „Sie [die alternative Ökonomie, A.W.] hat ihren Bezugspunkt und Grund in Strukturen der formalen Ökonomie. Profitmaximierung, Sinnentleerung der Arbeit und Fremdbestimmung am Arbeitsplatz werden als Wesenszüge der formalen Ökonomie bestimmt und kritisiert“ (ebd.). Dies geschehe – so Jacobs – über den Weg der praktischen Kritik⁴⁴, was meint, dass durch das Ansetzen im Hier und Jetzt, durch das Agieren als System im System, das Bestehende überwunden werden soll (vgl. ebd.: 2f.). Notz diskutiert diesen Zusammenhang in Anlehnung an Theodor W. Adorno (1903-1969), und zwar mit der Fragestellung im Hintergrund, ob es ein richtiges Leben im Falschen geben kann (vgl. Notz 2011: 75 ff). Sie führt an, dass Adorno nicht grundsätzlich nur für Resignation plädiere und schlussfolgert: „Wenn es schon kein richtiges Leben im Falschen geben kann, so gibt es doch immerhin ein ‚stellvertretendes‘, eine Gegengesellschaft“ (ebd.: 77).

⁴⁴Jacobs sieht in dieser Strategie auch eine Kritik an jener der traditionellen Arbeiterbewegung, welche zum Teil darauf beruht, zunächst „die ‚Eroberung‘ der politischen Machtzentren“(Jacobs 1986: 3, Herv.i.O.) abzuwarten.

Im Grunde wirkt es, als bestche diese Nischenintervention seitens alternativökonomischer Projekte bis heute fort. Allerdings scheint sich hier ein Wandel hinsichtlich ihrer Bedeutung abzuzeichnen. Nicht zuletzt auch im Zuge der Diskussion um die sichtbaren Schattenseiten von neoliberaler Wirtschaftspolitik und Globalisierung⁴⁵ kommt es – wie Novy feststellt – zunehmend zu einem Wertewandel: „Die Werte der Besitz-, Einkommens- und Statusorientierung verfallen; ein Bedürfnis nach Remoralisierung des herrschenden Ökonomismus wird sichtbar. Auf die Qualitäten des Arbeitens, Lebens und der Umwelt kommt es viel stärker an; Gemeinschaftlichkeit, selbstgewählte soziale Gebundenheit wird gefragt“ (Novy 1984: 8).

Für die Europäische Union gewinnt ab den 1980er Jahren der Begriff der *Économie Sociale* an Bedeutung (vgl. Wendt 2009: 39). Dieser vereinigt nach Jeantet die Akteure von Vereinen und Stiftungen, Genossenschaften und Vereinigungen auf Gegenseitigkeit, welche allesamt folgende Grundlagen gemeinsam haben:

- „- Freiwillige Mitgliedschaft
- Demokratie
- Unteilbarkeit des Eigenkapitals
- Gemeinschaftseigentum
- Gerechte Verteilung der Überschüsse
- Förderung des Einzelnen
- Solidarität
- Unabhängigkeit vom Staat“ (Jeantet 2010: 47).

Einzuordnen ist dies auch in die Diskussion um die Sektor-Einteilung des Wirtschaftssystems, wonach neben den Sektoren des „privaten Wirtschaftens und staatlichen Handelns“ (Wendt 2009: 38) der sogenannte Dritte Sektor für die Belange zuständig sei, die Staat und Markt nicht abdecken. Da diese Problematik hier nur kurz angeschnitten werden kann, sei an dieser Stelle auf die Ausführungen Christoph Tiebels zum Zusammenhang von *Économie Sociale* und Drittem Sektor - speziell auch für Deutschland – hingewiesen (vgl. Tiebel 2005). Mit der Frage, auf welche Schwierigkeiten das Konzept der

⁴⁵Vgl. dazu Mikl-Horke 2008: 33ff.

Économie Sociale in Deutschland stößt , hat sich auch Münkner beschäftigt, der unter anderem einen Grund dafür in den historisch anders als etwa in Frankreich entwickelten Vorstellungen und Strukturen von Vereinen und Genossenschaften sieht (vgl. Münkner 2000: 21 ff). Hier wäre allerdings vorstellbar, dass durch die Novellierung des Genossenschaftsgesetzes von 2006 und die Entstehung der neuen Genossenschaften⁴⁶ ein Umdenken stattfindet.

Doch bei allem Aufschwung, den der Genossenschaftssektor⁴⁷ und sicherlich auch der gesamte sozialwirtschaftliche Bereich seither und insbesondere seit der Finanzkrise von 2008 erleben, gibt es auch Aspekte, deren kritische Betrachtung nicht vernachlässigt werden darf. Notz verweist hier unter anderem darauf, dass sozialwirtschaftliche Ansätze und besonders Sozial- und Produktivgenossenschaften zum Teil als „Gegenferment gegen die Erwerbslosigkeit“ (Notz 2011: 160) gesehen werden und als solches fungieren. Dies sei in der Form aber nicht uneingeschränkt akzeptabel, da der „Ab- und Umbau des Sozialstaates [...] nicht durch Selbstverwaltung und Eigenverantwortung kompensiert werden“ (ebd.) kann und „weder die Bestellung von ehrenamtlichen Lesepaten in Kindertagesstätten und Grundschulen noch die Gründung von ‚neuen Genossenschaften‘ als Hilfe zur Selbsthilfe für Erwerbslose sozialstaatliches Handeln ersetzen kann“ (ebd.: 161, Herv.i.O.). Nun soll derlei Initiativen nicht die Daseinsberechtigung entzogen werden, vielmehr bedarf es eher einer klaren Rollenverteilung, welche die sozialstaatliche Verantwortung deutlich werden lässt.

⁴⁶Vgl. <http://www.neuegenossenschaften.de/>, verfügbar am 15.05.2012.

⁴⁷Die Erklärung des Jahres 2012 zum *Internationalen Jahr der Genossenschaften* seitens der Vereinten Nationen ist dem aktuellen *Revival* der Genossenschaftsidee sicherlich ebenfalls zuzurechnen.

2.3 Zusammenfassung

Wie bereits in der Einleitung zu diesem Kapitel angedeutet wurde und wie die Erarbeitung schließlich zeigt, ist die Geschichte der Ökonomie von einer starken Dynamik geprägt. Deutlich wird auch, dass sie nur in ihrer Gesamtheit verständlich ist, da bestimmte Denk- und Handlungsweisen immer wiederkehren – und wenn dies nur geschieht, um sich von ihnen abzugrenzen. So entstehen auch heute bestimmte Forderungen, etwa nach einer Verankerung ethischer Grundsätze in der Wirtschaft, nicht aus dem luftleeren Raum, sondern stellen vielmehr den Wunsch dar, etwas Verlorenes zurückzuholen.

Am Beginn des ökonomischen Denkens steht das antike *oikonomia* – Konzept. Wirtschaftliches Handeln dient im Sinne von Aristoteles in erster Linie der Bedarfsdeckung, ist von ethischen Grundsätzen bestimmt und durchdrungen und zielt – verbunden mit der dritten Säule der praktischen Philosophie, der Politik – auf *Eudaimonie*, das gute Leben. Der Weg dahin führt über die praktische Vernunft. Im Mittelalter wird diese Denktradition größtenteils aufgegriffen, wenn auch das Streben nach Glück eine stärker jenseitige Orientierung beinhaltet.

Letztlich zeigt sich auch, dass der Wandel des Ökonomischen mit einem *Wandel der Vernunft* einher geht. Oder genauer: Mit einem Wandel dessen, was als Vernunft und als vernünftig angesehen wird.

Max Horkheimer stellt in der Kritik der instrumentellen Vernunft fest, dass Vernunft zunächst einen objektiven, umfassenden Charakter habe:

„Große philosophische Systeme, wie die von Platon und Aristoteles, die Scholastik und der deutsche Idealismus, waren auf einer Theorie der Vernunft begründet. Sie zielte darauf ab, ein umfassendes System oder eine Hierarchie alles Seienden einschließlich des Menschen und seiner Zwecke zu entfalten. [...] Das höchste Bestreben dieser Art von Denken war es, die objektive Ordnung des ‚Vernünftigen‘, wie die Philosophie sie begriff, mit dem menschlichen Dasein einschließlich des Selbstinteresses und der Selbsterhaltung zu versöhnen“ (Horkheimer 2007 [1946]: 17 f., Herv.i.O.).

Ausgerichtet ist diese Form von Vernunft demnach – wie auch schon in der aristotelischen Begrifflichkeit deutlich wurde – auf höhere Ziele. Einen Teil dieser objektiven Struktur stellt aber auch die „*subjektive Vernunft*“ (ebd.: 16, Herv.i.O.) des Menschen dar: „Sie hat es wesentlich mit Mitteln und Zwecken zu tun, mit der Angemessenheit von Verfahrensweisen an Ziele, die mehr oder minder hingenommen werden und sich vermeintlich von selbst verstehen. Sie legt der Frage wenig Bedeutung bei, ob die Ziele als solche vernünftig sind“ (ebd.: 16f.).

Doch die subjektive Vernunft bleibt kein Teil der objektiven, sondern wird selbst zur dominierenden Vorstellung von Vernunft allgemein. Einen entscheidenden Wendepunkt dieser Entwicklung stellt der Übergang in die Moderne mit der Zeit der Aufklärung dar. Diese wiederum ist durch Paradoxien gekennzeichnet, so etwa durch Zugewinne an Freiheit durch die Auflösung der Feudalherrschaft und der Ständegesellschaft bei der gleichzeitigen Entstehung neuer Abhängigkeiten. Die Entstehung vermeintlich freier Märkte und das kapitalistische Wirtschaftssystem führen dazu, dass viele Menschen in (Lohn-) Abhängigkeit, Armut und Elend leben. In diesem Zusammenhang identifiziert Horkheimer einen entscheidenden Moment in der Wandlung des Vernunftbegriffes, der ebenso eine grundlegende Rolle in der Entwicklung der Ökonomie spielt: die Idee „des Selbstinteresses [...] [als] Kern der offiziellen Ideologie des Liberalismus“ (ebd.: 33).

Mit der Etablierung der Ökonomie als Wissenschaftsdisziplin, die sich bald als naturwissenschaftlich und wertfrei versteht, werden ethische Fragen aus deren Zuständigkeitsbereich entfernt. Da die Wissenschaft Ökonomie mit der Wirtschaftspraxis in Wechselbeziehung steht, wirken sich ihre Denkmodelle auch darauf aus, in welcher Form sich wirtschaftliches Handeln vollzieht.

Die Reduktion der Vorstellung von menschlicher Handlungsmotivation auf reine Nutzenmaximierung in Verbindung mit einer starken Orientierung an mathematischen Modellen lässt insbesondere die neoklassische Ökonomie immer abstrakter werden und sich von der tatsächlichen Komplexität sozialen Handelns zunehmend entfernen. Zudem weitet sich das Denken in ökonomischen Kategorien auch auf andere Wissenschafts- und Lebensbereiche aus, es kommt zum Vormarsch des *Ökonomismus*.

So ist nun auch vernünftiges Handeln jenes, das möglichst effizient ist. Horkheimer beschreibt in diesem Zusammenhang, dass subjektive Vernunft letztlich „die Fähigkeit, Wahrscheinlichkeiten zu berechnen und dadurch einem gegebenen Zweck die richtigen Mittel zuzuordnen“ (ebd.: 18) darstelle. Der optimale Mitteleinsatz schiebt sich somit vor die Ziele (vgl. Faust 2012: 170). Diese werden damit auch nicht mehr – beispielsweise nach ethischer Vertretbarkeit – hinterfragt. Die Ökonomie unterliegt damit dem „*Grundprinzip der Zweckrationalität*“ (ebd., Herv.i.O.).

Gezeigt werden konnte aber auch, dass es seit mehr als 200 Jahren Versuche gibt, *anders* zu wirtschaften. Und auch wenn sich hier ein äußerst heterogenes Feld unterschiedlicher Ansätze abbildet, so scheinen diese im Kern doch meist eine gemeinsame Ausrichtung zu besitzen: Wirtschaftliches Handeln soll dem Wohle des Einzelnen *und* der Allgemeinheit dienlich sein. Damit kehrt auch in gewisser Weise der griechische *Eudaimonie*-Gedanke zurück. Denn neben dem Lindern existentieller Not – wie besonders in den Anfängen des sozialen Wirtschaftens zur Zeit der Industrialisierung – scheint auch immer schon das Streben nach dem guten Leben, nach sozialer Gerechtigkeit und schließlich auch Nachhaltigkeit ein zentrales Handlungsmotiv sozialen Wirtschaftens darzustellen. In diesem Kontext gesehen, lässt sich auch der Vernunftbegriff wieder anders denken.

Wenn auch viele Versuche des sozialen Wirtschaftens gescheitert sind oder mit großen Problemen zu kämpfen haben, wäre es zu kurz gedacht, sie in all ihren Aspekten als untauglich abzustempeln. Dementsprechend gibt es seit einiger Zeit auch Denkansätze und Projekte, die sich als Synthese und laufende Weiterentwicklung sozialwirtschaftlicher Ansätze verstehen, worauf im letzten Kapitel der Arbeit in Form eines Ausblicks eingegangen wird. Zunächst wird aber der Blick darauf gerichtet, in welchen strukturellen Spannungsfeldern sich soziales Wirtschaften befindet.

3 Soziale Ökonomie: Zwischen Lebenswelt und System

3.1 Lebenswelt und System nach Habermas

Grundlage für den folgenden Teil der Arbeit ist das Lebenswelt- und Systemkonzept von Jürgen Habermas, welches er in seinem Hauptwerk, der 1981 erschienenen *Theorie des kommunikativen Handelns* (Tkh), entwickelt. Zum größten Teil geschieht dies im zweiten Band, der als *Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft* betitelt ist. Die Vernunftproblematik, mit welcher der vorige Teil der Arbeit beendet wurde, schwingt somit auch in diesem Kapitel mit. Zur Frage, warum gerade Habermas für die folgende Darstellung herangezogen wird, lässt sich folgendes sagen: Er liefert die erste umfassende, kommunikationstheoretische Darstellung des *Verhältnisses von System und Lebenswelt zueinander*. Dies lässt sein Modell zu einem geeigneten Ausgangspunkt für die Diskussion um das Verhältnis von Ökonomie und Sozialer Ökonomie werden, die dadurch zudem um eine gesellschaftstheoretische Perspektive erweitert wird.

3.1.1 Der Begriff der Lebenswelt

In der „klassischen wie auch der gegenwärtigen soziologischen Theorie“ (Treibel 2006: 172) ist die Lebenswelt einer der zentralen Begriffe⁴⁸. Die Verwendung desselben bei Habermas erfolgt auf der Grundlage der phänomenologischen Lebensweltkonzepte von Edmund Husserl (1859-1938) und Alfred Schütz (1899-1959). In aller Kürze zusammengefasst lassen sich diese wie folgt beschreiben: „Bei Edmund Husserl ist mit ‚Lebenswelt‘ das erfahrbare, vor- und außerwissenschaftliche Leben, bei Alfred Schütz die für den Menschen selbstverständliche, alltägliche Wirklichkeit gemeint“ (ebd.: 172f.). In dieser Tradition meint der Lebensweltbegriff bei Habermas den

⁴⁸Spätestens seit der Einführung des Konzepts der Lebensweltorientierung durch Hans Thiersch Ende der 1970er Jahre, gehört er auch im Bereich der Sozialen Arbeit in Theorie und Praxis zum täglich Brot (vgl. Grunwald/Thiersch 2005: 1136).

selbstverständlichen Erfahrungshorizont, den meist unbewussten Hintergrund des Handelns, insgesamt „ein Konglomerat unserer sozialen Herkunft, unserer früheren und gegenwärtigen Gruppenzugehörigkeiten (auf informeller wie auf formeller Ebene) – allgemein unseres früheren und jetzigen Umfeldes“ (ebd.: 173, Herv.i.O.). Das ‚neue‘ bei Habermas ist nun, dass er den Lebensweltbegriff aus seiner kommunikationstheoretischen Perspektive in den Kontext der Intersubjektivität setzt. Das heißt: „Lebenswelt ist für Habermas also der selbstverständliche, nicht-hinterfragte Hintergrund des kommunikativen Handelns. Der Begriff der Lebenswelt ist für Habermas der **Komplementärbegriff** zu dem des kommunikativen Handelns“ (ebd., Herv.i.O.). Demnach ist die Lebenswelt in Verständigungsprozessen zentriert, die sich vor einem bestimmten Horizont abspielen (vgl. Habermas 1981b: 483). Sie gestaltet sich als geordneter Zusammenhang⁴⁹, „an dessen Zustandekommen die Individuen insofern beteiligt sind, als sie sich auf gemeinsame Normen, ein gemeinsames Einverständnis, eine gemeinsame Kultur etc. beziehen“ (Joas/Knöbl 2004: 336). Die Lebenswelt leistet Sozialintegration durch die Vernetzung der gemeinsamen Handlungsorientierungen der Gesellschaftsmitglieder (vgl. ebd.: 337; Treibel 2006: 173). Lebensweltliche Integration ist weiterhin von einer meist direkten Kopräsenz der Akteure in einer konkreten Handlungssituation gekennzeichnet (vgl. Joas/Knöbl 2004: 337). Lebenswelt ist als „reflexiv nicht vollständig zugängliche[r] Hintergrund all unseres Handelns [...] [nur schwer] kognitiv zu erfassen“ (ebd.: 338) und mutet als Begriff durch die damit verbundene sozialintegrative Wirkung zugleich mystisch und idyllisch an.

3.1.2 Die Entkopplung von System und Lebenswelt

Ausgehend von der Annahme der gesellschaftlichen Evolution kommt es nach Habermas zu einem Ausdifferenzierungsprozess, der zu einer „Rationalisierung

⁴⁹Nach Joas und Knöbl entspricht dies dem Ordnungstyp ‚normative order‘, den Talcott Parsons (1902-1979) in *The Structure of Social Action* expliziert (vgl. Joas/Knöbl 2004: 336).

der Lebenswelt“ (Habermas 1981b: 277) führt, und dazu, dass „Systeme wie die Politik und die Wirtschaft existieren, die über symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien wie Macht und Geld gesteuert werden und die nicht mehr dem intuitiven Verständnis aller Gesellschaftsmitglieder zugänglich sind“ (Joas/Knöbl 2004.:340)⁵⁰. Historisch gesehen entwickeln von der Lebenswelt entkoppelte Systeme sich demzufolge etwa „mit der Herausbildung politischer Herrschaft in Form von Staaten“ (ebd.: 339) und – im Falle der Wirtschaft – mit der Entstehung freier Märkte. Bei derlei Systemen ergibt sich die Ordnung nicht aus der gemeinsamen Handlungsorientierung wie in der Lebenswelt, sondern sie ist das nicht intendierte Ergebnis der aneinandergesetzten Handlungsfolgen Vieler und zeichnet sich durch die abstrakte Handlungskoordination zwischen einander zumeist unbekanntem Akteuren aus (vgl. ebd.: 336 f.). Habermas bewertet diesen Vorgang nicht als etwas an sich negatives, im Gegenteil: So gehöre „eine weitgehend rationalisierte Lebenswelt zu den Ausgangsbedingungen von Modernisierungsprozessen“ (Habermas 1981b: 564) und ausdifferenzierte Systeme seien in modernen Gesellschaften notwendig, um ein hohes Maß an Effizienz zu gewährleisten (vgl. Joas/Knöbl 2004: 343). Problematisch erscheine allerdings, dass „eine fortschreitend rationalisierte Lebenswelt von immer komplexer werdenden formal organisierten Handlungsbereichen wie Ökonomie und Staatsverwaltung zugleich entkoppelt und in Abhängigkeit gebracht wird“ (Habermas 1981b: 452).

Eine Gefahr besteht also dann, wenn sich die systemischen Mechanismen verselbstständigen und einseitig die Lebenswelt beeinflussen: „Uns stellt sich diese Frage in der Form, ob nicht die Rationalisierung der Lebenswelt mit dem Übergang zur modernen Gesellschaft paradox wird: – die rationalisierte

⁵⁰Habermas dazu: „Die europäische Rechtsentwicklung in der Phase des Absolutismus läßt sich im Grundsätzlichen als Institutionalisierung jener beiden Medien verstehen, über die Wirtschaft und Staat zu Subsystemen ausdifferenziert werden. Der bürgerliche Staat bildet die politische Ordnung, innerhalb deren sich die Transformation von der frühmodernen Ständegesellschaft in die kapitalistische Erwerbsgesellschaft vollzieht“ (Habermas 1981b: 525). Im Gegensatz zu Luhmann unterscheidet Habermas die beiden Medien Macht und Geld in ihrer Nähe zur Alltagskommunikation (vgl. ebd.: 406). Macht, für die es Legitimität bedarf, sei demnach weniger stark davon abgetrennt als Geld, welches in seinem Gebrauch „kaum mehr gerechtfertigt zu werden braucht“ (Joas/Knöbl 2004: 341).

Lebenswelt ermöglicht die Entstehung und das Wachstum der Subsysteme, deren verselbständigte Imperative auf sie selbst destruktiv zurückschlagen“ (ebd.: 277).

3.1.3 Die Kolonialisierung der Lebenswelt

Dieses Zurückschlagen der systemischen Imperative auf die Lebenswelt bezeichnet Habermas als Prozess der „*inneren Kolonialisierung*“ (ebd.: 452, Herv.i.O.) der Lebenswelt: „Die These der inneren Kolonialisierung besagt, daß die Subsysteme Wirtschaft und Staat infolge des kapitalistischen Wachstums immer komplexer werden und immer tiefer in die symbolische Reproduktion der Lebenswelt eindringen“ (ebd.: 539). Ein Beispiel dafür wäre die Monetarisierung⁵¹ bestimmter Alltagsbereiche, beispielsweise wenn die Mitarbeit im Haushalt von Familienmitgliedern nur noch gegen Geld geleistet wird (vgl. Joas/Knöbl 2004: 344). Eine Kolonialisierung der Lebenswelt liegt dabei vor, „weil in diesem Fall marktliche Transaktionen die anderen Beziehungsformen zwischen Menschen zu verdrängen drohen: Die selbstverständliche Geltung von Normen bzw. die Aushandlungsprozesse, was gerechterweise zu gelten habe, werden schlichtweg ersetzt oder umgangen durch das Geldmedium, das zwischen die Handlungen geschaltet wird“ (ebd.).

Die beschriebenen Auswirkungen der Kolonialisierung nennt Habermas *Verdinglichung*, womit „eine pathologische Verformung von kommunikativen Infrastrukturen der Lebenswelt“ (Habermas 1981b: 549) gemeint ist. Diese Pathologien wiederum führen letztlich zu „Sinnverlust, Anomie oder seelischer Krankheit (Psychopathologien)“ (ebd.: 216) in den Bereichen der Kultur, der Gesellschaft und der Person.

⁵¹Neben der Kolonialisierung durch den Markt besteht beispielsweise auch die Möglichkeit der Verdrängung lebensweltlicher Interaktionen von staatlicher Seite, etwa durch Bürokratisierung und Verrechtlichung (vgl. Joas/Knöbl 2004: 344), was Habermas am Beispiel bestimmter Aspekte von Schule und Familie erörtert (vgl. Habermas 1981b: 540ff.)

Eine mögliche Lösung dieses Problems stellt für Habermas die Stärkung kommunikativer Vernunft dar (vgl. Treibel 2006: 179):

„Dieser Begriff *kommunikativer Rationalität* führt Konnotationen mit sich, die letztlich zurückgehen auf die zentrale Erfahrung der zwanglos einigenden, konsensstiftenden Kraft argumentativer Rede, in der verschiedene Teilnehmer ihre zunächst nur subjektiven Auffassungen überwinden und sich dank der Gemeinsamkeit vernünftig motivierter Überzeugungen gleichzeitig der Einheit der objektiven Welt und der Intersubjektivität ihres Lebenszusammenhangs vergewissern“ (Habermas 1981a: 28, Herv.i.O.).

3.2 Soziale Ökonomie als Rückeroberung der Lebenswelt

Der Bezug von den Habermas'schen Begrifflichkeiten zum Thema der Arbeit lässt sich folgendermaßen herstellen: Mehrfach wurde die Problematik des System im System – Daseins vieler Versuche sozialen Wirtschaftens angesprochen. Diese Bezeichnung muss unter Rückgriff auf die Darstellung des Systembegriffs nach Habermas korrigiert werden, da es sich demnach eher um Versuche der Rückeroberung lebensweltlicher Handlungsräume innerhalb des Subsystems der Wirtschaft handeln würde. Am Anfang dieser Versuche steht ein Moment der Verständigung über bestimmte Normen und Prinzipien, zu denen sich die entsprechenden Personen durch ihre Teilnahme bekennen. Die beschriebenen systemischen Steuerungsmedien Macht und Geld werden in den rückeroberten Räumen begrenzt. Beispiele dafür sind etwa die genossenschaftlichen Prinzipien der Gewinnbeschränkung und der Stimmgleichheit der Mitglieder, wodurch Macht nicht durch Geld gesteigert werden kann.

Darüber hinaus hatten und haben etliche sozialökonomische Projekte einen emanzipatorischen Anspruch, der für bestimmte Aspekte auch über die Rückeroberung einzelner lebensweltlicher Refugien hinaus geht und das (an dieser Stelle hoch gesteckte) Ziel der Entkolonialisierung der Lebenswelt zu beinhalten scheint.

Nun scheinen aber mitunter gerade diese Rückeroberungsversuche prädestiniert dafür zu sein, wiederum kolonialisiert zu werden. Eine markante Bedingung dafür stellt der Wettbewerbsdruck als Folge einer zunehmenden Vermarktlichung dar. Ein Beispiel dafür wäre der oben bereits angesprochene Transformationsprozess von Produktivgenossenschaften. Generell scheint es für nicht profitorientierte Unternehmungen zunächst einmal schwer zu sein, auf Dauer finanziell zu überleben. Der Versuch, sich über Wasser zu halten, hat dann unter Umständen ein Abrücken von Prinzipien zur Folge. In diesem Zusammenhang kann auch die Orientierung vieler – insbesondere genossenschaftlicher – Organisationen an der Betriebswirtschaftslehre gesehen werden. Diese bietet zwar das vermeintliche Handwerkszeug für das wirtschaftliche Überleben eines Unternehmens, versteht sich aber als technische und wertfreie Disziplin, weshalb das Unterwerfen sozialwirtschaftlicher Ideale unter bürokratische Sachzwänge in diesen Fällen vorprogrammiert scheint. Auch die Problematik der Zweckrationalität scheint hier wieder zum Tragen zu kommen. Wenn beispielsweise die soziale Verantwortung von Unternehmen als Mittel der Imageverbesserung und damit letztlich der Gewinnsteigerung genutzt wird, womit daraus ein zweckentfremdetes Instrument wird. Prinzipienverlust könnte weiterhin potentiell aus Gruppendynamischen Problematiken oder einem Generationswechsel resultieren, wenn es etwa nicht gelingt, bestimmte Werte und Ideale entsprechend weiterzugeben.

Die Frage nach den jeweiligen Gründen für das Scheitern sozialwirtschaftlicher Projekte oder auch Unternehmen kann in diesem Rahmen nur oberflächlich angeschnitten werden. Interessant und sicher aufschlussreich wäre in diesem Zusammenhang eine Analyse der diesbezüglichen Einschätzung seitens betroffener Mitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Noch wichtiger als die Frage nach dem Scheitern selbst ist in diesem Kontext die Frage, welche Lehren daraus gezogen werden können. Erst einmal erscheint es fraglich, ob sich die Kolonialisierung der Lebenswelt aufhalten lässt. Weiterhin wirkt es – auch rückblickend betrachtet – so, als sei der

Kolonialisierungsprozess weniger einseitig als zunächst angenommen, sondern äußere sich in manchen Zusammenhängen eher als Wechselwirkung. Dies lässt sich mit dem Beispiel der Grünen untermauern. Auch wenn diese in Deutschland längst zu einer etablierten Partei geworden sind und ihr revolutionäres Potential weitestgehend abgelegt haben, sind gewisse Grundprinzipien mit der Zeit zum gesellschaftlichen Konsens geworden und können, wenn es etwa um ökologische Nachhaltigkeit geht, durchaus auch Wirkung auf politische oder wirtschaftliche Erfolge haben. Weiter gedacht erscheint demnach auch die Entwicklung eines reflektierten Umgangs mit der Kolonialisierung möglich.

4 Die Gemeinwohl-Ökonomie

Wie bereits mehrfach angedeutet, soll im letzten Teil der Arbeit der Blick auf einen aktuellen Denk- und Handlungsansatz gerichtet werden. Habermas beschreibt im abschließenden Kapitel der *Theorie des kommunikativen Handelns* die, seiner Ansicht nach, eher unrealistischen Vorstellungen von sogenannten *Gegeninstitutionen*,

„die die Lebenswelt aus sich heraus entwickelt, um die Eigendynamik des ökonomischen und des politisch-administrativen Handlungssystems zu begrenzen. Diese Institutionen sollen einerseits aus dem Wirtschaftssystem einen zweiten, informellen, nicht mehr gewinnorientiert arbeitenden Sektor abzweigen, und andererseits dem Parteiensystem neue Formen einer zugleich basisdemokratischen und expressiven ‚Politik der ersten Person‘ entgegensetzen. Solche Institutionen würden genau die Abstraktions- und Neutralisationsleistungen rückgängig machen, durch die in modernen Gesellschaften Arbeit und politische Willensbildung an mediengesteuerte Interaktionen angeschlossen worden sind“ (Habermas 1981b: 582).

Wie noch deutlich wird, passen einige der beschriebenen Aspekte erstaunlich gut auf den bisherigen Charakter der Gemeinwohl-Ökonomie, einem seit 2010 bestehenden, sich fortwährend entwickelnden, alternativen Wirtschaftsmodell, welches sich zugleich als demokratische Bewegung versteht (vgl. Felber 2012). Doch auch wenn Habermas‘ Beschreibung weitestgehend auf die Gemeinwohl-Ökonomie zutrifft, erscheint diese heute – 31 Jahre nach dem Erscheinen der TkH – von weit weniger unrealistischer Natur.

4.1 Idee und Inhalte der Gemeinwohl-Ökonomie

Auf den Punkt gebracht steckt hinter der Gemeinwohl-Ökonomie zunächst die Vorstellung von einer wertorientierten, kooperativen Marktwirtschaft (vgl. ebd.: 185). Dabei wird die Ausrichtung des Marktes von reinem Gewinnstreben und damit Konkurrenz auf Gemeinwohlstreben und Kooperation umgelenkt (vgl. ebd.: 35). Dies erfordert offensichtlich auch ein konsequentes Umdenken hinsichtlich des Menschenbildes in der Wirtschaft und damit die endgültige

Abkehr vom *homo oeconomicus*. Kerngedanke ist dabei, dass Egoismus und Konkurrenz zwar mögliche Verhaltensoptionen des Menschen darstellen, aber keine genetisch determinierte Verhaltensnotwendigkeit (vgl. ebd.: 174). Vielmehr handle es sich um eine Frage der gängigen Kultur und der gesellschaftlichen Werte (vgl. ebd.). Das Problem sei dabei insbesondere, dass in der Wirtschaft Konkurrenz und Eigennutz belohnt werden. Genau in der diesbezüglichen Rechtsausrichtung, beziehungsweise auch in fehlenden Reglementierungen, sieht der Autor und die jetzige Stimme der Gemeinwohl-Ökonomie – Christian Felber – die Kernproblematik:

„Die Gemeinwohl-Ökonomie schafft weder die Finanzbilanz ab, noch verbietet sie privaten Unternehmen, Gewinne zu erzielen. Der Unterschied zum Kapitalismus ist, dass Finanzgewinn nicht länger der Zweck des unternehmerischen Strebens ist, sondern zum Mittel für den eigentlichen Zweck wird: einen größtmöglichen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten. Das deckt sich vielleicht heute schon mit dem Selbstverständnis zahlreicher UnternehmerInnen – allein die rechtliche Wirtschaftsordnung unterstützt nicht diese Weltanschauung, sondern Profitmaximierung, grenzenloses Wachstum und gegenseitiges Fressen“ (ebd.: 15).

Um dem entgegenzuwirken ist das Herzstück der Gemeinwohl-Ökonomie eine zweite Unternehmensbilanz: die *Gemeinwohl – Bilanz* (vgl. ebd.: 39). Hintergrund dieser ist der Gedanke, dass die monetäre Aufstellung eines Unternehmens nichts darüber aussagt, was ein Unternehmen für das Gemeinwohl leistet. In der Gemeinwohl-Bilanz, welche in einem breit angelegten Beteiligungsprozess ständig weiterentwickelt wird und die zum jetzigen Stand achtzehn Indikatoren⁵² enthält, wird deshalb beispielsweise gemessen,

- „- wie sinnvoll die Produkte/Dienstleistungen sind;
- wie human die Arbeitsbedingungen sind;
- wie ökologisch produziert wird;
- wie mit den KundInnen umgegangen wird;
- wie solidarisch sich das Unternehmen mit andern Unternehmen verhält;
- wie die Erträge verteilt werden;

⁵² Die aktuelle ‚Gemeinwohl-Matrix‘ ist einzusehen unter http://www.gemeinwohloekonomie.org/wp-content/uploads/2012/03/Gemeinwohl-Matrix_4.0_2012.pdf, verfügbar am 16.07.2012.

- ob Frauen gleich behandelt und bezahlt werden;
- wie demokratisch die Entscheidungen getroffen werden“ (ebd.: 40).

Darin wird ersichtlich, wie stark die Idee der Gemeinwohl-Ökonomie auf ethischen Werten aufgebaut ist. Positives Verhalten von Unternehmen soll Vorteile bringen und beispielsweise durch Steuerbegünstigungen bei einer guten Gemeinwohl-Bilanz belohnt werden. Letztlich geht es also darum, einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, der es ermöglicht, dass gemeinwohlorientiertes Wirtschaften zum Selbstläufer wird.

Grundlage für eine neue rechtliche Wirtschaftsordnung könnte demnach ein Wirtschaftskonvent sein, der „in einem demokratischen Verfahren die Spielregeln für die Wirtschaft festlegt“ (ebd.: 135). Dies wiederum ist Teil eines weiteren Aspektes, der für die Idee der Gemeinwohl-Ökonomie bestimmend ist: die Weiterentwicklung der Demokratie (vgl. dazu ebd.: 119 ff). Damit wird deutlich, dass die Gemeinwohl-Ökonomie ein Konzept darstellt, welches auf wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Ebene agiert⁵³. Dieses Zusammenspiel erinnert stark an die Einheit von Politik, Ökonomie und Ethik als die drei Säulen der praktischen Philosophie bei Aristoteles (vgl. Aßländer 2011: 23).

Was lässt die Gemeinwohl-Ökonomie nun aber realistischer erscheinen, als die von Habermas beschriebenen Gegeninstitutionen? Habermas sieht Letztere als Ausdruck der Reaktion auf die Kolonialisierung der Lebenswelt seitens neuer „Widerstands- und Rückzugsbewegungen“ (Habermas 1981b: 582). Problematisch sei dies, wenn dabei „die Rationalisierung der Lebenswelt nicht sorgfältig von der Komplexitätssteigerung des Gesellschaftssystems unterschieden wird“ (ebd.: 583), also wenn letztlich Systeme an sich bekämpft würden. Ziel der Gemeinwohl-Ökonomie ist es aber nicht, Wirtschaft oder selbst Marktwirtschaft als solche abzuschaffen. Vielmehr geht es darum, zentrale Aspekte des Wirtschaftens neu zu ordnen. Damit wird auch klar, dass der den Gegeninstitutionen von Habermas zugeschriebene informelle Charakter für die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung wenn überhaupt, dann nur in bestimmten

⁵³ Vgl. dazu die Darstellung der Vision der Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung: <http://www.gemeinwohl-oekonomie.org/uber-uns/vision/>, verfügbar am 16.07.2012.

Phasen zutrifft, da das Ziel ja eine gesetzliche – und damit formelle – Rahmenordnung ist. Realistischer mag die Idee der Gemeinwohl-Ökonomie heute auch deshalb wirken, weil Inhalte wie etwa ökologische Nachhaltigkeit, Gleichberechtigung oder faire Produktion auf einen breiteren gesellschaftlichen Konsens zu treffen scheinen als vor dreißig Jahren und es damit keiner Rechtfertigung in besonderem Maße bedarf. Und schließlich zeigt sich der Glaube an die Umsetzbarkeit des Modells bei den Akteurinnen und Akteuren noch darin, dass sie ‚einfach los gehen‘ (vgl. Felber 2012: 159).

4.2 Die Gemeinwohl-Ökonomie als gelebte Alternative

Eine wesentliche Stärke des Konzeptes der Gemeinwohl-Ökonomie scheint darin zu bestehen, dass es sich um einen laufenden, partizipativen Prozess mit evolutionärem Charakter handelt. Das heißt, dass beispielsweise Unternehmen die Gemeinwohl-Bilanz bereits jetzt erstellen können und zugleich an der Weiterentwicklung selbiger beteiligt sind. Es handelt sich damit um ein kleinschrittiges, aktives Vorgehen. Dies wirkt auf die Akteurinnen und Akteure wahrscheinlich positiv, da kleine Etappen motivierender sind als ein gefühlt unerreichbares, abstraktes Fernziel. Zugleich kann dadurch auf lokaler Ebene der Beweis für die Umsetzbarkeit von Teilen des Gemeinwohl-Ökonomie-Modells erbracht werden. Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieser Arbeit sind es 120, vornehmlich mittelständische Unternehmen aus Österreich, Deutschland, der Schweiz, Spanien, Italien und anderen Ländern, welche die Gemeinwohl-Bilanz für 2011 erstellt haben. Hinzu kommen noch etwa 130 Unternehmen, die dies ab dem folgenden Jahr tun. Damit erstellen momentan insgesamt rund 250 Unternehmen die Gemeinwohl-Bilanz für 2012⁵⁴. Die Bandbreite der Branchen reicht beispielsweise vom Biolandbau, über Unternehmensberatung, Handwerksbetriebe, bis in den medizinischen, sozialen und kulturellen Bereich. Auch die größte Genossenschaftsbank Bayerns, die Sparda Bank, beteiligt sich seit 2010 als Pionierunternehmen. Für den Erstellungsprozess können

⁵⁴Vgl. die Tabelle der unterstützenden Unternehmen: <http://www.gemeinwohloekonomie.org/unterstuetzende/unternehmen/>, verfügbar am 18.06.2012.

Unternehmen nach Bedarf Beraterinnen und Berater hinzuziehen und nach Fertigstellung werden die Bilanzen extern auditiert (vgl. ebd.: 161f.). Abgesehen von Unternehmen ist es auch Privatpersonen, Organisationen, Politikerinnen und Politikern, sowie Gemeinden möglich, die Gemeinwohl-Ökonomie zu unterstützen und sich in verschiedenster Form zu beteiligen (vgl. ebd.: 160). Die Offenheit des Konzeptes zeigt sich auch gegenüber „anderen Alternativmodellen oder –bausteinen [...]“, denn es] wäre gar nicht sinnvoll, dass sich ein Modell gegen andere durchsetzt; wünschenswert ist, dass die attraktivsten und zustimmungsfähigsten ‚Komponenten‘ verschiedener Alternativansätze in einem partizipativen Suchprozess zu einer demokratischen Wirtschaftsordnung ‚komponiert‘ werden“ (ebd.: 12).

Ob sich die Gemeinwohl-Ökonomie zu einer größeren Bewegung ausweitet, ist noch völlig offen. Innerhalb von knapp zwei Jahren haben sich über 3000 Unterstützende auf der Internetpräsenz eingetragen, davon sind 726 als Unternehmen verzeichnet (Stand: 26.06.2012). Ihr Bezugsrahmen stellt sich aber noch recht homogen dar, ein Großteil der Unternehmen ist mehr oder weniger direkt der Alternativ- und der sogenannten Ökobewegung zuzuordnen.

Der jetzige Unterstützungszulauf geht mit der medialen Präsenz der Gemeinwohl-Ökonomie-Idee in Radio- Fernseh- und Zeitschriftenbeiträgen einher, inwiefern dies sich weiter entwickelt wird sicherlich interessant zu beobachten sein.

5 Abschließende Bemerkungen

Begünstigende Faktoren für den Erfolg der Gemeinwohl-Ökonomie liegen offenbar also zum einen in der entwicklungs-offenen, niedrighschwellig erreichbaren und zugleich gut vernetzten Mitmach- Dynamik des Modells, woran die Möglichkeiten der digitalen Kommunikation sicher ihren Anteil haben. Zum anderen scheint die Gemeinwohl-Idee in gewisser Weise auch den Nerv der Zeit zu treffen. Felber verweist hier etwa auf eine Studie der Bertelsmann-Stiftung die in der gleichen Woche 2010 veröffentlicht wurde, wie die Erstausgabe der *Gemeinwohl-Ökonomie* (vgl. ebd.: 9). Die Studie zum Thema „Bürger wollen kein Wachstum um jeden Preis“⁵⁵, welche auf telefonischen Interviews mit je 1000 Personen ab 14 Jahren in Deutschland und Österreich im Juli 2010 beruht, kommt zu folgendem Ergebnis:

„Rund neun von zehn Österreicher (90%) und Deutsche (88%) schließen sich der Aussage an, dass wir als Folge der Wirtschafts- und Verschuldenskrise eine neue Wirtschaftsordnung brauchen, bei der der Schutz der Umwelt, der sorgsame Umgang mit Ressourcen und der soziale Ausgleich in der Gesellschaft stärker berücksichtigt wird. Fast ebenso viele Befragte plädieren neben dieser nötigen Veränderung auf wirtschaftspolitischer Ebene auch für eine Veränderung auf individueller Ebene: 87% der Österreicher und 81% der Deutschen sprechen sich dafür aus, dass jeder seine Lebensweise dahingehend überdenken sollte, ob wirtschaftliches Denken alles für ihn ist“⁵⁶

Damit steht abschließend die ‚Was wollt ihr?‘ – Frage wieder im Mittelpunkt. Die Antwort darauf – der Wunsch nach einer neuen Wirtschaftsordnung – scheint untrennbar mit einer Kritik an der Dominanz ökonomischen Denkens verbunden zu sein, womit auch die oben diskutierte Vernunftkritik einhergeht.

Die Frage, ob die Gemeinwohl-Ökonomie nun die Patentlösung ist, stellt sich insofern nicht, als die Bewegung sie selbst nicht als solche versteht:

⁵⁵http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-3855BFFC-C9C8155D/bst/xcms_bst_dms_32005_32006_2.pdf, verfügbar am 21.06.2012, Seite 1.

⁵⁶ Ebd.

„Die Gemeinwohl-Ökonomie ist weder das beste aller Wirtschaftsmodelle noch das Ende der Geschichte, nur ein nächster möglicher Schritt in die Zukunft“ (Felber 2012: 196).

Alles zusammengenommen führt zu dem Fazit, dass wir heute mitnichten am Ende einer Entwicklung angekommen sind. Auch wenn des Öfteren die vermeintliche Alternativlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung proklamiert wird, ist im Verlauf dieser Arbeit deutlich geworden, dass wir uns – in Anlehnung an Habermas – mitten im *Projekt Ökonomie* befinden.

6 Literaturverzeichnis

Aquin, Thomas von (1985): Summe der Theologie, Band 3, Der Mensch und das Heil, herausgegeben von Joseph Bernhart, Stuttgart: Kröner Verlag

Aristoteles (1972): Die Nikomachische Ethik, herausgegeben von Olof Gigon, München: Deutscher Taschenbuch Verlag

Arnold, Ulli / **Maelicke**, Bernd (Hrsg.) (2009): Lehrbuch der Sozialwirtschaft, Baden-Baden: Nomos Verlag

Aßländer, Michael (2011): Grundlagen der Wirtschafts- und Unternehmensethik, Marburg: Metropolis Verlag

Bayertz, Kurt (Hrsg.) (1998): Solidarität. Begriff und Problem, Frankfurt am main: Suhrkamp Verlag

Brumlik, Micha (2005): Solidarität, in: Otto, Hans-Uwe /Thiersch, Hans (Hrsg.) (2005): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik, München: Ernst Reinhardt Verlag, S.1578-1584

Dallinger, Ursula (2009): Die Solidarität der modernen Gesellschaft. Der Diskurs um rationale oder normative Ordnung in der Sozialtheorie und Soziologie des Wohlfahrtsstaats, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Durkheim, Emile (1992)[1893]: Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

Faber, Malte / **Manstetten**, Reiner (2002): Zurück zu Aristoteles?, Heidelberg: Universität Heidelberg

Faust, Helmut (1977): Geschichte der Genossenschaftsbewegung, Frankfurt am Main.: Knapp Verlag

Faust, Wolfgang (2012): „Auf der Suche nach der verlorenen Vernunft“ – Grundlagen der Sozialwirtschaft, in: Wöhrle, Armin (Hrsg.) (2012): Auf der Suche nach Sozialmanagementkonzepten und Managementkonzepten für und in der Sozialwirtschaft, Band 2, Augsburg: Ziel Verlag, S.167-187

Felber, Christian (2012): Die Gemeinwohl-Ökonomie: Aktualisierte und erweiterte Neuauflage: Eine demokratische Alternative wächst, Wien: Deuticke Verlag

Flieger, Burghard (Hrsg.) (1984): Produktivgenossenschaften oder der Hindernislauf zur Selbstverwaltung, München: AG – SPAK - Publikationen

Grunwald, Klaus / Thiersch, Hans (2005): Lebensweltorientierung, in: Otto, Hans-Uwe /Thiersch, Hans (Hrsg.) (2005): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik, München: Ernst Reinhardt Verlag, S.1136-1148

Gubitzer, Luise (1989): Geschichte der Selbstverwaltung, München: AG - SPAK - Publikationen

Habermas, Jürgen (1981a): Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

-- (1981b): Theorie des kommunikativen Handelns. Band 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

Higl, Michael (2008): Theorie der Genossenschaft, Frankfurt am Main: Lang Verlag

Historischer Verein Bayerischer Genossenschaften (Hrsg.) (2000): Entwicklung und Realisierung des Genossenschaftsgedankens vom Mittelalter bis zur Gegenwart, München: Bayerischer Raiffeisen- und Volksbanken Verlag

Hondrich, Karl Otto / **Koch-Arzberger**, Claudia (1992): Solidarität in der modernen Gesellschaft, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag

Horkheimer, Max (2007)[1946]: Zur Kritik der instrumentellen Vernunft, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

Jacobs, Herbert (1986): Zur Theorie und Praxis alternativer Ökonomie, Münster: Lit Verlag

Jeantet, Thierry (2010): Economie Sociale: Eine Alternative zum Kapitalismus, Neu-Ulm: AG SPAK Bücher

Joas, Hans / **Knöbl**, Wolfgang (2004): Sozialtheorie, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

Klein, Michael (2000): Friedrich Wilhelm Raiffeisen, die Genossenschaftsbewegung und der deutsche Protestantismus, in: Historischer Verein Bayerischer Genossenschaften (Hrsg.) (2000): Entwicklung und Realisierung des Genossenschaftsgedankens vom Mittelalter bis zur Gegenwart, München: Bayerischer Raiffeisen- und Volksbanken Verlag, S. 172-183

Knospe, Horst (1972): Artikel Sozial, das Soziale, in: Bernsdorf, Wilhelm (Hrsg.) (1972): Wörterbuch der Soziologie, Band 3, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, S.708-710

Koslowski, Peter (1993): Politik und Ökonomie bei Aristoteles, Tübingen: Mohr Siebeck Verlag

Loesch, Achim von (1988): Gemeinwirtschaftliche Unternehmen vom 19.Jahrhundert bis 1945, in: Pohl, Hans (Hrsg.) (1988): Gemeinwirtschaftliche Unternehmen, gestern - heute - morgen, Stuttgart: Steiner Verlag, S. 7-20

Luhmann, Niklas (1996): Die Wirtschaft der Gesellschaft, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

Mandeville, Bernard (1980)[1724]: Die Bienenfabel oder Private Laster, öffentliche Vorteile, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

Marx, Karl (1968)[1867]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Band 1: Marx-Engels-Werke, Bd.23, Berlin: Dietz Verlag

Meikle, Scott (1995): Aristotle's economic thought, New York: Clarendon Press

Miki-Horke, Gertraude (2008): Sozialwissenschaftliche Perspektiven der Wirtschaft, München: Oldenbourg Verlag.

Münkler, Herfried / **Fischer**, Karsten (Hrsg.) (2002): Gemeinwohl und Gemeinsinn: Rhetoriken und Perspektiven sozial-moralischer Orientierung, Berlin: Akademie Verlag

Münkner, Hans-H. (2000): Unternehmen mit sozialer Zielsetzung, Neu-Ulm: AG SPAK Bücher

Notz, Gisela (2011): Theorien alternativen Wirtschaftens: Fenster in eine andere Welt, Stuttgart: Schmetterling Verlag

Novy, Klaus (1984): Die Ökonomie der Solidarität – Chancen und Grenzen der kollektiven Selbstversorgung durch genossenschaftliche Selbsthilfe, in: Projektgruppe „Geschichte Bergischer Genossenschaften“ (Hrsg.) (1984): Vorwärts Befreiung: Genossenschaftliche Selbsthilfe im Bergischen Land, Essen: Stattwerk e.G., S. 8-15

Novy, Klaus / Prinz, Michael (1985): Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft, Berlin: Dietz Verlag

Prechtel, Peter (2005): Philosophie, Stuttgart, Weimar: Metzler Verlag

Röttgers, Kurt (2002): Kategorien der Sozialphilosophie, Magdeburg: Scriptorum Verlag

Sedláček, Tomáš (2012): Die Ökonomie von Gut und Böse, München: Hanser Verlag

Smith, Adam (1977)[1759]: Theorie der ethischen Gefühle, Hamburg: Meiner Verlag

--- **(1978)[1776]:** Der Wohlstand der Nationen, München: Deutscher Taschenbuch Verlag

Swedberg, Richard (2009): Grundlagen der Wirtschaftssoziologie, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Tiebel, Christoph (2005): Dritter Sector und Economie Sociale, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft

Treibel, Annette (2006): Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Ulrich, Peter (2001): Integrative Wirtschaftsethik, Bern [u.a.]: Haupt Verlag

Weber, Max (1993)[1904]: Die protestantische Ethik und der „Geist“ des Kapitalismus, Bodenheim: Athenäum Hain Hanstein

Wendt, Wolf Rainer / Wöhrle, Armin (2007): Sozialwirtschaft und Sozialmanagement in der Entwicklung ihrer Theorie: Beiträge zum wissenschaftlichen Diskurs, Augsburg: Ziel Verlag

Wendt, Wolf Rainer (2009): Die geschichtliche Entwicklung der Sozialwirtschaft – aus sozialer Sicht, in: Arnold, Ulli und Maelicke, Bernd (Hrsg.) (2009): Lehrbuch der Sozialwirtschaft, Baden-Baden: Nomos Verlag, S.31-48

Zerche, Jürgen / Schmale, Ingrid / Blome-Drees, Johannes (1998): Einführung in die Genossenschaftslehre: Genossenschaftstheorie und Genossenschaftsmanagement, München: Oldenbourg Verlag

Erklärung

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Anna-Clara Weyh

Bayreuth, den 27.Juni 2012